

Politische Berichte



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Die kurdische Frage und die EU“ ..	3
Offener Brief an Außenminister ..	4
Die Auseinandersetzung in Italien..	5
Rechte suchen „Polarisierung“ ..	6
IMI-Kongreß verlangt	
Wende in der Militärpolitik	7

Auslandsberichterstattung

Bauern und Landarbeiter	
bereit zur Blockade Prags	8
USA-Iran: USA Ätherkrieg	9
Venezuela vor Wahlen	10
<i>Meldungen</i>	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Zum achten Mal in Mannheim	
Entmilitarisierte Volkstrauertag ..	13
München: Demonstration	
zur Novemberrevolution	13
Finanzquerelen um Schweinfurter	
Ausländerbeirat	14
Gelsenkirchen: Avantgarde der	
Missbrauchsbekämpfung	15
<i>O-Ton</i>	16
„Das Gezerre um die	
Gedenkstätte beenden!“	16
„Gegen das Verdrängen!	
Zeit zum Handeln“	16
Nach Fernsehauftritt zur	
Fahndung ausgeschrieben	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
„Daimler-Chrysler“ – Betriebs-	
räte aus Brasilien, USA und	
Deutschland an einem Tisch	19
Rundreise mit KESK-Gewerk-	
schaftern erfolgreich gestartet ..	20
Resolution des DGB-	
Kreisvorstands Hamburg	21

Diskussion und Dokumentation

<i>In und bei der PDS</i>	22
Organisation einer programmati-	
schen Debatte in der PDS	22
Regionalkonferenzen West-PDS ..	22
Viel Lärm um nichts bei der	
Reform des Arbeitsrechts	23
Kurdische Geschichte: Das	
Vermächtnis von Lausanne	24
Schlusresolution	25
Heidi Schulz Haft unterbrochen ..	26
Rote Hilfe fordert Freilassung	
der Gefangenen aus der RAF ..	24

Letzte Seiten

Elfriede Brünings authentischer	
Roman über die Rote Kapelle ..	27

Termine	28
----------------------	----

IN BONN WEU-AUSBAU: Unter der am 1. Januar nächsten Jahres beginnenden deutschen Präsidentschaft in der EU soll der Ausbau der WEU zu einem Schwerpunkt der deutschen Politik werden. Das haben Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Schäping gemeinsam auf einer EU-Tagung in Rom am 17.11. mitgeteilt. Nach Einführung des Euro sei die „Sicherheits- und Außenpolitik das wichtigste Projekt zur Vollendung der europäischen Integration“, wird Fischer in der Presse zitiert. Schäping kündigte an, auf dem nächsten NATO-Gipfel in Washington im April 1999 werde ein Rahmenabkommen zwischen NATO und WEU für eine „operative Handlungsfähigkeit“ der WEU sorgen. „Operativ handlungsfähig“ meint: Kriege der EU-Staaten ohne Beteiligung der USA. Ein weiteres Vorhaben sei die Schaffung einer „Europäischen Rüstungsagentur“ binnen drei Jahren, um die Rüstungen der EU-Staaten zu koordinieren. Die Herren aus der Rüstungsindustrie werden die Vorhaben der Regierung mit Freuden hören. Gemeinsame Rüstung, gemeinsame Kriegsführung – unerhört friedfertig soll sich nach den rot-grünen Plänen die EU in den nächsten Jahren entwickeln.

VERFASSUNGSSCHUTZ-ABM? Die PDS-Abgeordneten Petra Pau und Ulla Jelpke haben aus Anlaß der Innenministerkonferenz am 19. November die Pläne einzelner Bundesländer, den „Verfassungsschutz“ auch für die Bekämpfung der sog. „organisierten Kriminalität“ einzusetzen, scharf zurückgewiesen. „Dadurch wird das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten durchbrochen. Auch Überlegungen, den Verfassungsschutz wenigstens beim Aufspüren von Atom-Schmuggel oder Waffenhandel zu beteiligen, ertheilen wir eine Absage. Dafür ist die Polizei zuständig. Offenkundig sucht der Verfassungsschutz nach neuen Aufgaben. Wir schlagen statt dessen vor, den Verfassungsschutz aufzulösen.“

MAKEDONIEN-INTERVENTION: Bundesregierung und Bundestag haben die Entsendung von Bundeswehreinheiten nach Makedonien entschieden, ohne daß von der Regierung dieses Landes überhaupt ein Antrag, geschweige denn die Zustimmung zur Stationierung fremder Truppen auf ihrem Territorium vorliegt. Darauf hat der außenpolitische Sprecher der PDS im Bundestag, Wolfgang Gehrke, am 12. November hingewiesen. Auf einer Informationsveranstaltung, zu der Bundesverteidigungsminister Rudolf Schäping die Mitglieder des Verteidigungs- und Auswärtigen Ausschusses eingeladen hatte, „bestätigte der Verteidigungsminister auf meine Nachfrage“, so Gehrke, „daß es zwischen der NATO und der Republik Makedonien derzeit keinerlei vertragliche Vereinbarung über die Stationierung von Luft-Aufklärungskontingenten und einer geplanten NATO-

Schutztruppe gibt. Unabhängig von der prinzipiellen Ablehnung der PDS zu bewaffneten Kampfeinsätzen der Bundeswehr ergibt sich der Zustand, daß der Deutsche Bundestag morgen über die Stationierung von Truppenkontingenten in einem Land entscheiden soll, dessen Regierung zum Zeitpunkt der Entscheidung eben dieser Stationierung vertraglich noch nicht zugestimmt, geschweige denn um „brüderliche Hilfe“ gebeten hat.“ Eine Mehrheit aus Abgeordneten aller Parteien mit Ausnahme der PDS stimmte dennoch der Stationierung zu.

PRO TRANSRAPID: Der neue Verkehrsminister Müntefering will offenbar doch versuchen, den „Transrapid“ auf der Strecke Hamburg-Berlin zu errichten. Darauf wies am 18. November der verkehrspolitische Sprecher der PDS, Winfried Wolf, hin: „Im Koalitionsvertrag hieß es „nur“, die Magnetbahntechnologie sei eine hochentwickelte Technologie. In der Öffentlichkeit wurde dagegen der Eindruck erweckt, die Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin werde nicht gebaut. Heute im Verkehrs- und Bauausschuß hieß es dann in Münteferings schriftlicher Vorlage: „die Bundesregierung sagt ja zum Transrapid... Grundlage bleibt das ... Eckpunktepapier vom April 1997.“ Während in letzterem bereits der Bau der Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin für 6,1 Milliarden DM festgeschrieben wird, betonte Müntefering zusätzlich: die Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin ist „die Strecke, die ich anstrebe.“ Damit ist beim Thema Transrapid erstmals in der parlamentarischen Öffentlichkeit gesagt: die Bundesregierung setzt hier Krauses und Wissmanns Politik fort. Der Transrapid soll gebaut werden – und zwar von Berlin nach Hamburg. Dies deckt sich mit dem von der PDS öffentlich gemacht Tatbestand: Transport und Montage für die Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin wurden bereits ausgeschrieben – im „Bundesausschreibungsblatt“ vom 2. Nov. 1998.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Die nächste Sitzungswoche des Bundestags ist Anfang Dezember. Nach der Fragestunde am 2. Dezember stehen am Donnerstag, den 3.12., u.a. das von der FDP eingebrachte Zuwanderungsgesetz und Gesetzentwürfe der PDS zur Reform der Ausbildungsförderung, zur Schuldrechtsänderung in den ostdeutschen Bundesländern und zur Änderung des Nutzungsentgelts auf der Tagesordnung. Bereits in 2. und 3. Lesung geht es um den Antrag der neuen und der alten Regierungsparteien zur Änderung des Parteienengesetzes, mit dem sich diese mehr Finanzmittel zuweisen wollen. Nur die PDS ist dagegen. Am 4.12. soll dann in 2. und 3. Lesung die Steuerreform beraten und verabschiedet werden, damit diese wenige Tage später dem Bundesrat vorliegt und zum 1.1.99 in Kraft tritt. Am 11./12. Dezember ist EU-Gipfel in Wien.



5.000 Menschen demonstrieren am 21.11. in Hamburg gegen eine Auslieferung von A. Öcalan in die Türkei oder in die BRD, gegen den Krieg der Türkei gegen das kurdische Volk und für eine politische Lösung für Kurdistan. Am Tag nach der Entlassung Öcalans aus dem Militärhospital in Rom wurde die Kundgebung zu einem zweistündigen Volksfest mit Musik und Tanz. Neben kurdischen Organisationen beteiligten sich auch eine Reihe von linken türkischen und deutschen Gruppen. Dabei wurde auch der von der türkischen Armee hingerichteten Andrea Wolf aus der BRD gedacht. (res)

Die kurdische Frage und die EU

Einstieg in eine politische Lösung oder Rückfall in den billigen „Terrorismus“-Vorwurf?

Die Ankunft des PKK-Vorsitzenden Öcalan am 12. November auf dem Flughafen in Rom hat die europäische Politik offensichtlich völlig überrascht. Nun ist die EU – ganz gegen ihren Willen – mit der Möglichkeit konfrontiert, einen Einstieg in eine politische Lösung der kurdischen Frage herbeizuführen. Bei Redaktionsschluß war immer noch offen, ob sie dieses Wagnis auf sich nimmt.

Ob die Reise des PKK-Vorsitzenden nach Rom nun ein kühler überlegter Schachzug oder eine mutige Verzweiflungstat war, kann dahingestellt bleiben. Die europäische Politik jedenfalls war von diesem Schritt des PKK-Vorsitzenden völlig überrascht. Ziemlich unvorbereitet sind die Staaten der EU nun auf einmal in einer Position, in der ihre weiteren Schritte mit darüber entscheiden, ob die seit dem „Lausanner Abkommen“ von 1923 – wenige Tage vor der Ankunft Öcalans noch in Ankara zum 75. Mal als Jahrestag der Entstehung der modernen Türkei gefeiert – ungelöste „kurdische Frage“ nun einer internationalen Konferenz zur Herbeiführung einer politischen Lösung vorgelegt wird – oder ob man sich wieder auf den verlogenen „Terrorismus“-Vorwurf Ankars gegen die kurdische Seite zurückzieht und dem PKK-Vorsitzenden doch noch vor ein deutsches Gericht bringt. Wobei letzteres bei der bisher unbestrittenen Führungsrolle der deutschen Politik bei der Verfolgung der Kurden in Europa – sowohl durch Kanthers PKK-Verbot wie durch die europaweit einmaligen §-129a-Verfahren der Bundesanwaltschaft gegen Kurdinnen und

Kurden – auf jeden Fall eine Escalation bedeuten würde.

Der Stand der Dinge derzeit: in Rom berät nun ein Ausschuß des Innenministeriums über das Asylgesuch des PKK-Vorsitzenden, angeblich soll bis 1. Dezember eine Entscheidung fallen. Die deutschen Stellen haben sogar noch bis zum 22. Dezember Zeit für ihre Entscheidung. Dann endet die 40-Tage-Frist, in der sie entscheiden müssen, ob sie eine Auslieferung des PKK-Vorsitzenden beantragen. Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof sollen bereits eine „Aktualisierung“ des Haftbefehls gegen den PKK-Vorsitzenden vorgenommen haben und kurzerhand alle irgendwoher kommenden Beschuldigungen zu einem Gesamtvorwurf zusammengefaßt haben. Nun liegt die Entscheidung beim Bundesjustizministerium bzw. beim Bundeskabinett.

Dabei geht es um viel. Denn die Entscheidung der Bundesregierung und der anderen EU-Staaten, wie immer sie ausfällt, ist auch eine Entscheidung darüber, ob die Staaten der Europäischen Union auf einer politischen Lösung der kurdischen Frage bestehen, oder ob sie dem türkischen Militärregime nun förmlich und offiziell freie Hand geben bei seiner Politik blutigster Repression zugunsten einer vermeinten „militärischen Lösung“. Zu welchen Brutalitäten dieses Regime und seine aufgeputschten rechten Anhänger in der Lage sind, haben gerade die letzten Tage erneut gezeigt: Über 700 Kurdinnen und Kurden wurden seit der Ankunft des PKK-Vorsitzenden kur-

zerhand in Haft genommen, de facto also in Geiselhaft. Zwei der Gefangenen genommenen waren am nächsten Morgen tot: der 18-jährige Halit Cakir und der 46jährige Metin Yurtsever. An „Herzschlag“ bzw. „Herzversagen“, so die offizielle Version. Bei den Toten der Nazi-KZs waren ihre Folterer und Totschläger ähnlich „einfallsreich“ bei ihren offiziellen Versionen. Dabei stört es in Ankara anscheinend niemandem, daß nach der in den Heroinhandel verstrickten Regierungschefin Tansu Ciller nun auch der amtierende Regierungschef Mesut Yilmaz der Kumpanei und Verstrickung in Mafia-Geschäfte überführt ist. Gerade haben sich beide wieder einmal wechselseitig im türkischen Parlament „reingewaschen“. Am 25. November dürfte ein Mißtrauensantrag im türkischen Parlament den Abtritt des Mesut Yilmaz von der politischen Bühne einleiten. Ob es dann im nächsten April aber zu den bisher angekündigten Neuwahlen kommt oder ob nicht schon vorher das Militär erneut putscht und die zivilen Vorderleute beiseiteschiebt, ist dabei noch ganz offen. Die bisherigen Wahlprognosen sagen jedenfalls nichts Gutes: Die islamische „Tugend-Partei“, als Nachfolgerin der Refah-Partei von den Militärs heftig bekämpft, soll angeblich bei einem Wahlgang mit erheblichen Zugewinnen rechnen können. Dies und die starke Position der HADEP in den kurdischen Gebieten machen einen neuerlichen Militärputsch in Ankara immer wahrscheinlicher.

Aber nicht nur für die weitere Behandlung der kurdischen Frage in Anka-



ra und in der EU sind die Entscheidungen der nächsten Woche bedeutsam. Es geht auch darum, welchen innen- und außenpolitischen Kurs die EU insgesamt nimmt. Beantragt die deutsche Politik die Auslieferung Öcalans und wird der PKK-Vorsitzende vor ein deutsches Gericht gestellt und verurteilt, so wäre das die offizielle Sanktionierung der türkischen Politik durch die EU, die Erhebung der blutigen Traditionen der „deutsch-türkischen“ bzw. der „wilhelminisch-osmanischen Freundschaft“ zur neuen innen- und außenpolitische Doktrin der gesamten EU. Zweitens die Ausdehnung des § 129a StGB als bisher europaweit einzigartige Rechtsform der Verfolgung politischer Gegner auf die gesamte EU. Und drittens die Proklamation an das kurdische Volk, daß es künftig nicht nur mit der Gegnerschaft der deutschen Politik, sondern der gesamten EU bei seinen Befreiungsbemühungen rechnen muß. Welche Erbitterung und Enttäuschung das auf kurdischer Seite hervorrufen kann, kann sich jeder selbst ausmalen.

Die deutsche und europäische Politik hat also in den nächsten Tagen und Wochen wichtige Grundsatzentscheidungen in der Hand. Und weil es um so viel geht, haben sich auch zahlreiche Kräfte in Italien schon geäußert. In der Bundesrepublik ist das leider noch nicht so verbreitet.

Dabei hat sich der PKK-Vorsitzende bisher ganz behutsam geäußert. Er sei gekommen, um einer politischen Lösung zum Durchbruch zu verhelfen. Er sei bereit, zu einem Ende der Gewalt beizutragen. Seine Anhänger rief er erneut mehrfach auf, von Gewalt und auch von Aktionen wie den furchtbaren Selbstverbrennungen – von der PKK ohnehin seit langem als „Todeslinie“ abgelehnt – abzulassen und sich an die Gesetze und demokratischen Geflogenheiten ihrer Gastländer zu halten.

Das hat hetzerische Kräfte nicht davon abgehalten, erneut auf den Plan zu treten und einer weiteren Konfrontation und Eskalation das Wort zu reden – in der BRD ein breiter Chor, angefangen von Leuten der extremen Rechten und der CDU/CSU über solche Gestalten wie den furchtbaren Tilman Zülch von der Gesellschaft zur Bedrohung der Völker bis hin den grünen Abgeordneten Cem Özdemir und anderen. Aber es gibt auch hierzulande Stellungnahmen, die zu einem moderaten Vorgehen, zu Mäßigung, demokratischem und zivilisiertem Umgang mit der nun entstandenen Situation raten, so der Kölner Dialog-Kreis, das Bonner „Friedensnetzwerk“ und andere. Vielleicht regen sich bald auch noch mehr Zeit wär's.

Demokratisch und zivilisiert meint dabei: Einen Kurs einschlagen, der dem kurdischen Volk endlich einen Weg eröffnet, auf dem es seine Geschicke irgendwann selbst entscheiden kann – so wie andere, lange Zeit in kolonialer Unterdrückung gehaltene Völker auch. (rül)

Offener Brief an die Außenminister der Europäischen Union

„Kurdischen Parteien bei UNO Beobachterstatus einräumen“

Berlin, den 18. November 1998

Vorschlag zur Entspannung und einem Einstieg in die langfristige Lösung der durch die Ankunft des PKK-Vorsitzenden Öcalan in Rom verstärkt aktuell gewordenen „kurdischen Frage“

Sehr geehrte Damen und Herren,
Die Ankunft des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan in Rom bietet die Möglichkeit zu einem Einstieg in eine langfristige Lösung der kurdischen Frage. Unser Vorschlag, unser Appell an Sie ist:

Die Außenminister der Europäischen Union sollten sich dafür einsetzen, daß den drei kurdischen Parteien KDP, PKK und PUK bei der UNO ein völkerrechtlicher Beobachterstatus eingeräumt wird.

Eine solche Initiative würde erstmals nach dem Abkommen von Sevres in der Folge des ersten Weltkriegs der „kurdischen Frage“ wieder einen völkerrechtlichen Status verleihen und könnte einen Verhandlungsprozeß einleiten, an dessen Ende völkerrechtlich garantierter (Minderheiten)-Rechte der kurdischen Bevölkerung im Mittleren Osten stehen.

Viele Schritte in dieser Richtung hat es in den letzten Jahren gegeben. So hat die UNO eine Schutzzone für die kurdische Minderheit im Irak eingerichtet. Die USA und andere Staaten verhandeln regelmäßig mit KDP und PUK und erkennen diese als Sprecher der kurdischen Bevölkerung im Nord-Irak bzw. „Irakisches Kurdistan“ an.

Für die kurdische Minderheit in der Türkei besteht dagegen kein völkerrechtlich garantierter Status. Dies hat in den vergangenen Jahrzehnten zu zahlreichen kurdischen Aufständen geführt, die Entstehung der PKK geht ebenfalls auf diesen bis heute nicht gelösten Konflikt zurück.

Eine gemeinsame Anerkennung der oben genannten Parteien als Beobachterorganisationen hat den Vorteil, daß alle drei angehalten werden, ihre Konflikte untereinander im Rahmen der Regeln des Völkerrechts zu lösen und zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Die kurdische Bevölkerung erhält interna-

tionalen Schutz, ihre Beschwerden über die Unterdrückung ihrer Rechte durch ihre derzeitigen Regierungen werden von der internationalen Völkergemeinschaft endlich ernst genommen.

Keine der drei genannten Organisationen kann für sich allein beanspruchen, für alle kurdischen Menschen im Mittleren Osten zu sprechen.

Für die EU hat eine solche Initiative, die auf dem kommenden EU-Gipfel in Wien im Dezember beschlossen werden könnte, den Vorteil, daß damit auch die akuten Verletzungen der Menschenrechte, die dem von der Türkei gewünschten Beitritt in die EU entgegenstehen, thematisiert werden und Druck entsteht, diese Verletzungen zu beenden.

Weder die italienische Regierung noch die deutsche Regierung können allein entscheiden, wie die „kurdische Frage“ behandelt und gelöst werden muß. Die „kurdische Frage“ ist eine internationale, völkerrechtliche Frage, ihre Lösung Aufgabe internationaler Diplomatie.

Schließlich hat eine Anerkennung der drei kurdischen Organisationen als Beobachter bei der UNO Folgen für den völkerrechtlichen Status von Abdullah Öcalan in Italien oder in irgendeinem anderen EU-Land.

Eventuelle Bedenken, ein solches Vorgehen im Fall der kurdischen Frage könnte für andere Staaten entsprechende Folgen für dortige Minderheiten und deren Vertretungen haben, teilen wir nicht. Schließlich ist die „kurdische Frage“ schon einmal im Rahmen des Völkerbundes im Abkommen von Sevres aufgeworfen, dann aber mit dem Abkommen von Lausanne nicht nach den Regeln des Völkerrechts gelöst worden. Sie ist eine völkerrechtlich ungelöste und dringende Frage. Das oben beschriebene Vorgehen ist nicht zwingend für andere Konflikte in anderen Ländern.

Das Verhalten der Völkergemeinschaft im Falle von 20 bis 40 Millionen Kurden und Kurden kann nicht auf jeden anderen Konflikt in der Welt übertragen werden.

Bitte behandeln Sie unseren Vorschlag gemäß Völkerrecht und unterrichten Sie uns.

Hochachtungsvoll

Kambiz Behbahan, Rüdiger Lötzer, Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Berlin e.V.

Hans Werner Maczkiewitz, Aachener Friedenspreis e.V.

Mani Stenner, Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative Bonn

Die Auseinandersetzung um Öcalan / Kurdistan in Italien, 15. – 21.11.

Antrag auf Asyl / Stellungnahmen dazu

14.11. Antrag Öcalans auf Asyl, Beginn eines Hungerstreiks. Anwälte erklären, Öcalan habe Italien bewußt gewählt, um den Weg für eine friedliche Lösung freizumachen. Anwalt Pisapia (Grünen-Abgeordneter) erklärt, daß nach Deutschland keine Ausweisung möglich sei für ein politisches Vergehen oder für ein Vergehen, das ganz oder teilweise politisch motiviert sei.

16.11. Öcalan schreibt an D'Alema, daß er nach Italien gekommen sei nach Abwägung der positiven Annäherungen einige italienischer Parlamentarierfreunde und einiger maßgebender Personen der Regierung.

Für politisches Asyl sprechen sich im Lauf der Woche u.a. aus:

- Achille Occhetto (Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der Abgeordnetenkammer),
- Armando Cossutta (Präsident der Partei der Italienischen Kommunisten, PdCI),
- Russo Spena (Rifondazione comunista),
- Veltroni (Linksdemokratische Partei, DS) erklärt, es seien Tatbestände vorhanden, um Asyl zu gewähren.
- für den Vatikan der Kardinal Silvestrini, Präfekt der Kongregation für die Ostkirchen: „Dem der für seine politischen Ideen kämpft, muß man das Asylrecht zugestehen“.

Der Minister für Beziehungen zum Parlament, Gianguidi Follani, erklärt, ein Ja zu Asyl für Öcalan sei sehr wahrscheinlich:

„Sowohl Auslieferung als auch Ausweisung sind keine anwendbaren Umstände, und politisches Asyl wird wahrscheinlich die einzige anwendbare Lösung sein.“

Stellungnahmen aus der italienischen Regierung

D'Alema erklärt auf einer Pressekonferenz am 16.11. zu den Drohungen der türkischen Regierung: „Italien erschrickt nicht und unterwirft sich nicht Druck oder Erpressungen“.

Ein demokratisches Land entscheide auf Grundlage seiner Gesetze und Prinzipien. Über eine Forderung nach Auslieferung entscheide zunächst das Berufungsgericht von Rom und dann der Justizminister. Für die Entscheidung über einen Asylantrag sei die Kommission beim Innenministerium zuständig. Als Ministerpräsident werde er auf die Kommission nicht Einfluß nehmen.

„Wir haben uns gewiß keine heikle Sache wie diese gewünscht, aber von dem Augenblick an, wo sie uns widerfahren



Hamburg, 21. November 1998: Gedenken an Andrea Wolff

ist, werden wir sie auf Basis des Gesetzes angehen. Wir treiben keinen Schachzug mit den Personen“.

Auf eine entsprechende Frage erklärt D'Alema: „Es erscheint mir schwierig, im Fall des kurdischen Volkes von Terrorismus zu reden. Es gab sicher Gewalt, aber auf allen Seiten“.

D'Alema erklärt, die Gewährung politischen Asyls falle leichter bei einem Verzicht der PKK auf Gewalt. In der Pressekonferenz erhält D'Alema eine Stellungnahme Öcalans, die er verliest: Öcalan erklärt sich „bereit, meinen Teil zu tun, um den Terrorismus zu stoppen“. Dafür sei er nach Italien gekommen.

Oliviero Diliberto (Justizminister, PdCI) erklärt am 16.11., noch sei kein Auslieferungsantrag auf dem Tisch. Aber politisch Verfolgten sei Asyl zu gewähren, auch im Sinne des Urteils 223 des Verfassungsgerichts vom 27.6.96 (Fall des Italoamerikaners Pietro Venezia, dessen Auslieferung die USA wegen Mordes in Florida forderten, der aber nach dem Beschuß des italienischen Verfassungsgerichts wegen der dort drohenden Todesstrafe nicht ausgeliefert werden durfte und heute in einem italienischen Gefängnis sitzt.)

Diliberto bezieht sich auch auf eine europäische Konvention über Auslieferung (von Italien ratifiziert), nach der eine Auslieferung auch bei gewöhnlichen Straftaten verboten sei, wenn sie mit politischer Zielsetzung begangen worden seien.

Der türkische Botschafter in Italien droht am 17.11. mit „schweren und wichtigen Konsequenzen“ aus einer negativen Entscheidung.

D'Alema erklärt am gleichen Tag in der Abgeordnetenkammer „Freundschaft und Achtung“ für die Türkei, aber es gebe keine Auslieferung in ein Land mit der Todesstrafe. Alle evtl. Maßnahmen seien keine Feindschaft gegenüber der Türkei. Italien sei unter den ersten gewesen, die für den Beitritt der Türkei in die Europäische Gemeinschaft eingetreten sind.

Der Verzicht Öcalans auf Gewalt sei „ein wichtiges politisches Signal“.

Auch Italien habe gelitten, aber das politische Asyl Frankreichs gegenüber Verantwortlichen für schwere Taten von Terrorismus akzeptiert (bezieht sich auf Asyl für Toni Negri und andere Militante der Zeit nach 1968, rok.). Jetzt sei eine wichtige Gelegenheit, den Dialog zu starten und eine friedliche Lösung zu suchen.

D'Alema am 18.11. vor der Presse nach den Ausfällen von Yilmaz:

Zunächst äußert er „tiefe Bewegung“ für den Kurden, der sich in Rom angezündet hat. Dann weist er die Forderungen und Angriffe von Yilmaz zurück und fordert schließlich die Unterstützung der europäischen Länder: Die Kultur des Rechts, die die Auslieferung an die Türkei verhindere, sei nicht nur italienisch, sondern eine Sache der ganzen europäischen Union. So wie die Angelegenheit Öcalan „nicht nur ein italienisch-türkisches Problem ist, sondern eine Frage, die das ganze Europa betrifft, von dem wir eine vollständige und aktive Solidarität erwarten“. „In diesem Sinn erreichen uns schon ermutigende Botschaften und wir erwarten noch bedeutendere politische Gesten“.

Initiativen / Vorschläge / Stellungnahmen

Rifondazione comunista und Verdi (Grüne) haben einen Antrag an das Europaparlament in Straßburg für eine Dringlichkeitsdebatte eingebracht.

Gabriele Polo (il manifesto, 15.11.98): „Vorrang muß haben, einem politisch Verfolgten Asyl anzubieten und die Notwendigkeit, eine Botschaft an die ganze internationale Gemeinschaft zu richten, damit das Drama von 20 Millionen Kurden ein nicht mehr aufschiebbarer politischer Notfall wird ... Um jeden Zweifel zu besiegen, könnten sich der Ministerpräsident (D'Alema, Linksdemokraten DS, Ex-PCI, rok.) und sein Justizminister (Diliberto, Partei der italienischen Kommunisten, PdCI) daran erinnern, wie ihre ‚Vorfahren‘ in der faschistischen Epo-

che über die Alpen flohen. Und in Frankreich konnten sie leben und kämpfen“.

Riccardo Barenghi (il manifesto, 19.11.98) für eine europäische Konferenz: „Eine große Gelegenheit hat Italien, das ein demokratisches Land ist, das im Mittelmeer schwimmt, das der zweite Handelspartner der Türkei (nach Deutschland, rok) ist, das den Fall Ocalan in Händen hat. Es sollte eine europäische Konferenz einberufen, die das Drama der Kurden zur Brust nimmt, ihrerseits das Regime in Ankara bedroht, die Türkei aus den Ländern auf der Warteliste für den Eintritt in die Union streicht. Wenigstens bis zu neuer Ordnung. Die Haltung, die bisher vom Ministerpräsidenten (D'Alema) eingenommen wurde, ist richtig; auch seine Antwort von gestern abend auf die türkischen Drohungen macht keine Wendung (trotz des starken Drucks auch der Vereinigten Staaten). Jetzt geht es darum, einen Schritt nach vorn zu machen, das Eisen – wie man sagt – zu schmieden, solange es glüht. Um zu vermeiden, daß die Türkei – wenn wieder Ruhe eingekehrt ist – wieder als normales



Kurdische Demonstration in Rom

Land angesehen wird, das gewöhnlich den auslöscht, der ihm nicht sympathisch ist“.

Die nationalen Sekretariate der Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL sprechen sich für die Rechte der Kurden aus.

Pauline Green, Vorsitzende der sozialistischen Fraktion im Europaparlament: „Die Attacke auf Italien ist eine Attacke auf die ganze Union“. Alle anderen Parteien, von links bis rechts, hätten sich dem Protest angeschlossen, schreibt il manifesto.

Der Präsident des Europaparlaments, Jose Maria Gil Robles, hat gegen den „Drohbrief“ protestiert, den die italienischen Europaabgeordneten am 19.11. vom Ko-Präsidenten der parlamentarischen Kommission EU-Türkei, Bülent Akarcali, erhalten hatten, in dem es hieß: Asylgewährung „wird terroristische Probleme für Italien, Europa und die Welt schaffen“.

Hans Van der Broek, Sprecher des Kommissars für die Auswärtigen Beziehungen der EU-Kommission erklärt, für die EU müsse der Kampf gegen den Terrorismus mit der notwendigen Achtung

der Menschenrechte geführt werden, und hat eine politische Lösung angeregt.

Das französische Außenministerium erklärte: „Es gibt keine militärische Lösung für die Kurdenfrage, es ist eine politische Frage, auf die eine politische Antwort im Rahmen der Achtung der territorialen Integrität der Türkei und unter Achtung der Menschenrechte gegeben werden muß“.

Über Deutschland heißt es, daß Ocalan dort als Terrorist gelte, daß Schröder aber anscheinend einen Prozeß vermeiden wolle und folglich keinen Auslieferungsantrag stellen werde. Auf die große Zahl von Türken und Kurden in Deutschland wird dabei verwiesen.

Kendal Nezan, Präsident des Kurdischen Instituts in Paris, in einem Interview:

„...Jetzt ist es den Europäern nicht mehr möglich, ein Nachdenken zu vermeiden, und oft kommen die Lösungen in Augenblicken der Krise.“

Was erwarten Sie von den Europäern, über die Erklärung von heute im Europaparlament hinaus?

Ich möchte, daß Solidarität gegenüber Italien bekundet wird, das die Ehre hat, das Gesetz respektieren zu lassen trotz der Erpressung, der es die Türkei unterzieht, und der anti-italienischen Hysterie, die von der Regierung, den von der Armee kontrollierten Medien und den Geheimdiensten geschürt wird. Im besonderen könnte es eine gemeinsame Erklärung der europäischen Außenminister geben, und in der Folge könnte das italienische Parlament schnell die Initiative ergreifen und eine europäische Konferenz einberufen über die Kurdenfrage in ihren verschiedenen Aspekten: dem der Flüchtlinge und die politische Frage in der Türkei. Es wäre der Anfang eines Prozesses für die Suche nach einer Lösung, wenn dann die Parlamentarier der verschiedenen Länder nach der Zusammenkunft in Italien von ihren jeweiligen Regierungen verlangen würden, eine gemeinsame Position einzunehmen ... Großbritannien zum Beispiel, das die Erfahrung von Nordirland hatte, könnte seinen türkischen Freunden Ratschläge über die Arbeitsmethode geben, könnte sie verstehen lassen, daß man an einem gewissen Punkt ein neues Kapitel aufschlagen muß.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Türkei ein europäisches Land bedroht. Das ist schon mit Frankreich geschehen ... In den 80er Jahren, als Frankreich entschied, das Kurdische Institut zu beherbergen, organisierte die Türkei den Boykott der Produkte und der französischen Kultur. Wäre Frankreich seinerzeit von den anderen europäischen Ländern unterstützt worden, hätte sich die Lage vielleicht verändert. Jetzt gibt es ein Problem für Italien. Man muß berücksichtigen, daß die Türkei mehr Europa braucht, als Europa die Türkei braucht“

*(Zusammenstellung: rok)
(alles aus: il manifesto, 15. bis 21.11.98)*

Nach ihrem Wahldesaster

Rechte suchen „Polarisierung“

Der rechte Sozialforscher Erwin Scheuch erklärte in der letzten Ausgabe der neofaschistischen Zeitung „Junge Freiheit“ auf die Frage nach der Doppelten Staatsbürgerschaft: „Wenn diese wirklich eingeführt werden sollte, rate ich zur bedingungslosen Polarisierung.“(1)

Scheuch, ein etwas schwieriger und eitler Mensch, wird nicht nur gerne in den Medien zitiert und zu öffentlichen Talk-Shows eingeladen, er wird auch von rechten und neofaschistischen Parteien gerne zitiert.

„Polarisierung“ heißt also das Stichwort, d.h. ein Thema finden, an dem alle rechten Parteien sich wieder aufrichten können. Denn das Wahlergebnis war nicht so wie erhofft. Nur die CSU mit Ministerpräsident Stoiber wird im rechten Lager von CDU bis DVU bestaunt. Sie hatte nur wenig Stimmen verloren. Stoiber nutzt die Gunst der Stunde und spricht davon, den „nationalen Zusammenhalt“ in der Gesellschaft zum Thema zu machen.

Franz Schönhuber erklärte nach den Wahlen: „Es wäre Augenwischerei, würde man die schwere Niederlage, die die deutsche Rechte erlitten hat, zu bemühten versuchen. Ich gehe davon aus, daß auch in der DVU Ursachenforschung getrieben wird. Was mich angeht, so bin ich kein Schönwetterkandidat. Ich stehe nach wie vor zu der mit Dr. Frey geschlossenen Übereinkunft und werde für die Europawahlen auf Platz 1 kandidieren.“(2)

Die neofaschistischen Parteien hatten



Schily und Kanther sitzen in der Einwanderungspolitik in einem Boot, und Kanther wundert und freut sich. So sah's jedenfalls der Karikaturist des Berliner „Tagesspiegel“ am 23. November.

sich bessere Wahlergebnisse erhofft und versuchen, ihr Abschneiden mit der Kanzlerkonfrontation Schröder/Kohl zu erklären. Rechte Wähler hätten auch Schröder gewählt, um Kohl abzuwählen. Diese Wähler müsste man zurückgewinnen. Nur wie?

Schönhuber macht sich wenig Hoffnung auf eine verbesserte Zusammenarbeit der Rechten. Kommentatoren der „Jungen Freiheit“ meinen, daß die Unionsparteien Themen der äußersten Rechten aufnehmen werden.

Die Nationalzeitung wiederum fragt „Zerfällt die CDU?“: „Schäuble hat auch die immer antinationale Politik Kohls der letzten 16 Jahre voll mitgetragen. Von ihm wird kaum jemand mehr eine Wende in Deutschland erwarten.“ (3)

All dies sind Spekulationen. Eines ist gewiß, das rechte Lager diskutiert kräftig und sucht nach Möglichkeiten und Themen, um aus der Krise zu kommen.

Eine Addition von Parteien und Gruppierungen wird nicht viel weiterhelfen. Bei den Republikanern, Bund freier Bürger und DVU gibt es Stimmen, näher zusammenzurücken oder sich bei Wahlkandidaturen abzusprechen. Diese Diskussion ist aber erst am Anfang.

Diskussionen über die „soziale“ und die „nationale Frage“

An einem solchen Prozeß wird sich auch Schäuble beteiligen. Nicht nur in neofaschistischen Kreisen diskutiert man über die Verbindung der nationalen mit der sozialen Frage.

In einem Interview in der *Süddeutschen Zeitung* betonte Schäuble, die CDU halte im Gegensatz zu Arbeitsminister Riester an der Forderung nach „Arbeit für alle“ fest. Das verbindet er mit der Frage der Nation:

„Die Nation bleibt eine wichtige, vielleicht die wichtigste Ebene der Identifikation. Noch immer ist die Nation die Ebene, die von den Menschen als Verantwortungsebene akzeptiert wird. Und darauf kann Europa noch lange nicht verzichten.“ (4)

Viel hängt jetzt davon ab, ob die Rot-Grüne Koalition tatsächlich Reformen durchsetzt, die das rechte Lager zutiefst schwächen können.

Die doppelte Staatsbürgerschaft soll kommen, aber das tatsächliche Gesetz ist noch nicht beschlossen.

Und Schily, der inzwischen den Beinamen „Otto der Harte“ erhielt, bekommt mit seiner Demagogie vom vollen Boot Unterstützung aus dem rechten Lager. Insofern muß man Scheuchs Ankündigung von der „Polarisierung“ bei der doppelten Staatsbürgerschaft ernst nehmen. (jöd)

Quellen:

- (1) *Junge Freiheit* Nr. 47/98, vom 13.11.98
- (2) siehe *Antifaschistische Nachrichten* 21/98
- (3) *Nationalzeitung* 48/98
- (4) *Süddeutsche Zeitung* 14.11.98

IMI-Kongreß verlangt Wende in der Militärpolitik

Von Arno Neuber

Kritik an den bisherigen Akzenten der SPD/Grünen-Regierung in der Militär- und Außenpolitik war auf dem Kongreß der Informationsstelle Militarisierung (IMI) am Wochenende 14./15.11.1998 in Tübingen bei den Teilnehmer/innen aus verschiedensten politischen Spektren zu hören. Aber auch der feste Wille, sich einzumischen und Druck für die Durchsetzung friedenspolitischer Vorstellungen zu entwickeln.

In vier einstimmig beschlossenen Resolutionen wurden an die neue Bundesregierung Forderungen gerichtet, die eine Abkehr vom alten Kurs statt Kontinuität verlangen.

Um den Worten des alten Verteidigungsministers Rühe, wonach die Wehrmacht als Institution nicht Gegenstand der Traditionspflege der Bundeswehr sein könne, endlich Taten in der Praxis der Truppe folgen zu lassen, wurden vier Sofortforderungen formuliert: Die Aufkündigung aller Patenschaften zwischen Bundeswehreinheiten und Wehrmachtstraditionsverbänden, die Umbenennung aller Kasernen, die nach Wehrmachtsgrößen benannt sind, ein Verbot von Wehrmachtveteranentreffen in Räumlichkeiten der Bundeswehr, die Auflösung von Traditionsräumen und Ausstellungen, die einen positiven Bezug zur Wehrmacht haben und Entfernung von Exponaten in Offiziersheimen und Truppenunterkünften, ebenfalls bei positivem Bezug zur Wehrmacht. Außerdem ein Verbot für Bundeswehrangehörige, sich in Uniform an Veranstaltungen von Wehrmachtsvereinigungen zu beteiligen.

In einer zweiten Erklärung verlangten die Kongreßteilnehmer/innen die Bebeschaffungsvorhaben für den Kampfhub-

schrauber Tiger und den Transportpanzer GTK zu stoppen. Beides sind milliardenschwere Projekte zur Ausrüstung der sogenannten Krisenreaktionskräfte. Weiter wurde der Ausstieg aus dem Eurofighter-Programm gefordert.

Auf einhellige Ablehnung stieß die Kosovo-Politik der Schröder/Fischer-Regierung. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die Bundeswehr nicht für die sogenannte „Extraction Force“ der NATO abzukommandieren. Insbesondere wurde der mögliche Einsatz des Kommandos Spezialkräfte aus Calw auf dem Balkan abgelehnt und die Forderung nach sofortiger Auflösung dieser Spezialeinheit erneuert.

In der Schlußrunde des IMI-Kongresses wurde die neue Bundesregierung in einem Beschuß aufgefordert, erste Schritte qualitativer Abrüstung umzusetzen. Außer schon genannten Punkten sind dies z.B. Stop der laufenden Bebeschaffungsprojekte, Exportverbot von Kriegswaffen, Exportverbot der neuen Bebeschaffungsprojekte, Verzicht auf Bundeswehreinsätze „Out of Area“ etc.

Die Idee der „qualitativen Abrüstung“, bei der es darum geht, daß als erstes die Komponenten der Bundeswehr abgerüstet werden, die eine neue Qualität beinhalten, soll ab jetzt noch stärker in die öffentliche Diskussion gebracht werden.

(Tübingen, 15.11.98)

Arno Neuber ist Mitglied im Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

*Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen, Tel. + Fax 07071-49154 und 07071-49159, mail to: IMI@GAIA.de
Spendenkonto 1662832 Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641.500.20)*

Wir fordern von der neuen Bundesregierung die Umsetzung erster Schritte qualitativer Abrüstung

Grundlage:

Ablehnung der neuen Bundeswehr konkrete erste Schritte qualitativer Abrüstung:

sofortiger Stop der derzeit laufenden neuen Aufrüstungsprojekte – als allererstes müssen die Kriegswaffenprojekte gestoppt werden, die für die Out-of-Area-Einsätze (außerhalb des NATO-Gebietes), für die Krisenreaktionskräfte (KRK) und dort insbesondere das Kommando Spezialkräfte (KSK) von zentraler Bedeutung sind:

Beispiele: Kampfhubschrauber Tiger, Transporthubschrauber NH 90 etc.

Stop der Serienproduktion des Eurofighters 2000. Der Eurofighters 2000 ist als weitgehendes Industrieprojekt selbst in der militärischen Logik überflüssig.

sofortige Auflösung des Kommando Spezialkräfte („Tübinger Appell“)

Auflösung der Krisenreaktionskräfte (KRK) innerhalb eines halben Jahres

Verzicht auf Bundeswehreinsätze „Out-of-Area“ (außerhalb des NATO-Gebietes) und

Verzicht auf Bundeswehreinsätze „Out of Germany“

sofortiger und umfassender Exportstopp von Kriegswaffen, Exportverbot der neuen Bebeschaffungsprojekte.

Umwandlung von Kriegswaffen- und Militärproduktion in zivile und ökologische Fertigungen (Konversion) (15.11.98)

Jeder dritte tschechische Bauer steht vor der Pleite, während subventionierte EU-Importe ins Land strömen

Bauern und Landarbeiter bereit zur Blockade Prags



Acht Jahre Niedergang haben auch alle Erfolge bei der Mechanisierung der tschechischen Landwirtschaft nach 1945 vielfach wieder zerstört.

Die Krise der tschechischen Landwirtschaft ist mittlerweile so schwer, daß private und Genossenschaftsbauern, Landarbeiter und Lebensmittelverarbeiter sich zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen haben, um zu retten, was nach acht Jahren Niedergang und Betrug durch die rechten Regierungen von ihrer Branche noch übrig ist. Sie haben der tschechischen Regierung bis nächsten Montag (26. Oktober) Zeit gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen, um den Einstrom billiger subventionierter landwirtschaftlicher Importe, hauptsächlich aus der Europäischen Union, zu stoppen. Sollte dies nicht geschehen, so haben sie angekündigt, werden sie eine Reihe von Protestaktionen durchführen, darunter die Blockade aller Straßen und Eisenbahnlinien nach Prag und der Grenzübergänge. Prags rechter Oberbürgermeister hat Pläne für Polizeiaktionen zur Verhinderung der Blockade angekündigt.

Als die Leiter der Landwirtschaftskammer – des Gremiums, das die Interessen der tschechischen Landwirtschaft vertreibt – Protestaktionen abbließ, die eigentlich bereits letzten Montag (19. Oktober) starten sollten, nachdem die sozialdemokratische Regierung die Aufforderung zum sofortigen Handeln nicht erfüllt hatte, gaben Vertreter der nordmährischen Bauern, Arbeiter und ande-

rer Sektionen der Branche ihrem Ärger auf einem eigens einberufenen Meeting der Landwirtschaftskammer in Olomouc Ausdruck, während ihre südmährischen Kollegen gestern Pläne für eine Rally an einem lokalen tschechisch-slowakischen Grenzübergang ankündigten. Diese Rally soll zeitlich mit Gesprächen zusammenfallen, die diese Woche zwischen Leitern der Landwirtschaftskammer und Landwirtschaftsminister Jan Fencl zwecks Regelung der Probleme stattfinden sollen. Sie sind überzeugt, daß ohne solche Aktion auf die Leiter der Landwirtschaftskammer Druck ausgeübt werden wird, einen Deal zu akzeptieren, der bei weitem hinter den Forderungen der Bauern zurückbleibt.

Die Forderungen der Bauern wurden von dem kommunistischen Parlamentsabgeordneten Pavel Kovacik, einem ehemaligen Genossenschaftsangestellten, in der Dienstagsausgabe der kommunistischen Tageszeitung Haló noviny so zusammengefaßt: „Es fehlt an Geld für Löhne, Saatgut und sonstige Investitionen, die erforderlich sind, um die nächste Ernte bzw. die Aufzucht von Jungtieren zu sichern. Subventionierte Importe von Fleisch, Getreide, Wein und sonstigen Produkten ruinieren die lokalen Bauern, während die Konsumenten in den Geschäften vergeblich nach billigeren Le-

bensmitteln suchen.“

Kovaciks Kollege, der Vorsitzende der kommunistischen Fraktion im Abgeordnetenhaus, Vojtech Filip, nannte den Plan einer Blockade Prags „eine angemessene Waffe“. Er unterstützt voll den Kampf der Bauern. Die Regierung, sagte er, muß entscheiden, welche Schritte sie unternehmen will, bevor sie ihren neuen defizitären Haushalt für 1999 vorlegt, nachdem der alte von der rechten Mehrheit in der unteren Kammer des Parlaments am 14. Oktober abgelehnt worden war.

Nach Auffassung der Regierung liegt die Wurzel der Krise in den Assoziierungsvereinbarungen, die ihre Vorgängerinnen Anfang der 90er Jahre mit der EU unterzeichnet haben. Diese gaben den tschechischen Behörden keinen ausreichenden Spielraum für den Schutz der einheimischen Produzenten, so daß die tschechische Landwirtschaft, statt wie bis 1989 praktisch selbstversorgend zu sein, jetzt von Lebensmittelimporten abhängig ist. Diese machen das Doppelte der Exporte aus.

Premierminister Milos Zeman hat die geplanten Protestaktionen als „Erpressung“ verurteilt und die Vertreter der Branche aufgefordert, zu verhandeln „wie die Gewerkschaften, die die Beschäftigten des öffentlichen Sektors vertreten“. Nach den vorgezogenen Wahlen im Juni hatten Leiter von zehn Gewerkschaften im öffentlichen Sektor Pläne für militante Aktionen zur Durchsetzung einer sofortigen Lohnerhöhung von 20% abgesagt und schließlich eine bei weitem nicht befriedigende Lohnerhöhung um 17% ab 1. Januar 1999 akzeptiert.

Die überregionale Tageszeitung Právo berichtet heute (22. Oktober), daß der Ausschuß der Europäischen Kommission für Milchprodukte, der keinerlei Sympathien für die Forderungen der tschechischen Bauern und Landarbeiter zeigt, am 16. Oktober die Subventionen für Käse-Exporte aus der EU in den gesamten mittel- und osteuropäischen Raum drastisch erhöht hat, während die Erhöhung für Exporte in die USA und andere Staaten nur minimal ist. Die Erhöhungen liegen zwischen 50 und 220% für Edamer Käse, eine der Käsesorten, die sich bei den tschechischen Konsumenten größter Beliebtheit erfreut.

Auch die Subventionen für den Export von Schweinefleisch und lebenden Schweinen in die Tschechische Republik sind erhöht worden. Im letzten Jahr wurden 2.345 Tonnen Schweinefleisch in die Tschechische Republik zu einem subventionierten Kilopreis von 41,31 tschechischen Kronen (ca. 1,42 \$) in die Tschechische Republik exportiert, dieses Jahr nahmen die Exporte auf 9.810 Tonnen zu einem Kilopreis von 31,93 Kronen (1,10 \$) zu. Die Menge lebend importierter Schweine ist von 99 Tonnen im letzten Jahr auf 1.119 Tonnen in diesem Jahr gestiegen, während der Kilopreis von 109 auf 28,6 Kronen gefallen ist.

Die Preise der EU-Importe in die Tschechische Republik liegen oft unter den Selbstkosten der tschechischen Bauern. Ein Genossenschaftsangestellter in Breclav, Südmähren, berichtete laut Haló noviny: „Die Situation zermürbt und zerstört uns Tag für Tag mehr. Die Leute sind wütend. Sie leben in Angst vor der Zukunft. Die Situation in unserem Betrieb ist so, daß wir im Winter unsere Traktorfahrer auf die Straße setzen müssen, egal ob sie gute Arbeiter sind oder nicht, aus dem einfachen Grund, weil wir kein Geld haben, um sie den Winter hindurch zu bezahlen. Und wir wissen nicht, wie viele wir im Frühjahr wieder einstellen können. Wir kämpfen um unser Leben. Wir unterstützen die Protestaktionen daher mit allen verfügbaren Mitteln. Wir haben nichts zu verlieren.“

Während die Sozialdemokraten behaupten, sie „verstünden“ die Wut, die alle Teile der Branche eint, bleibt abzuwarten, was sie tun werden, um die 150.000 Bauern im Land zu retten. Klar ist, daß sie nicht bereit sind, alle Forderungen zu erfüllen, die von der Branche gestellt werden, und daß ihr Ziel sein wird, eine Regelung zu erreichen, die sie möglichst billig kommt und sie nicht der EU entfremdet, denn sie wollen die EU-Mitgliedschaft um fast jeden Preis, genauso wie die drei rechten Parteien im Parlament. Das ist auch der Grund dafür, daß sie nach fast dreimonatiger Amtszeit noch nichts getan haben, um das Überschwemmen des tschechischen Marktes mit EU-Produkten zu stoppen. Erst jetzt, wo sie unter dem Druck der militärischen Bauern und Landarbeiter stehen, nehmen sie Gespräche mit den Vertretern der Branche auf.

Postmark Prague Nr. 246, 22. Oktober 1998 (aus: Deutsch-tschechische Nachrichten Nr. 3/98, GNN-Verlag Süd)

USA-Iran

USA erneuert den Ätherkrieg

Von Kambiz Behbahani

Zu einem diplomatischen Konflikt zwischen Iran und der Tschechischen Republik ist es wegen eines amerikanischen Senders in Richtung Iran gekommen. Die Regierung in Prag erlaubte dem Propagandasender „Freies Europa“ („Radio Liberty“), psychologischen Krieg gegen den Iran zu führen.

Der Iran sieht darin einen Verstoß gegen die freundschaftlichen Beziehungen beider Länder. Die Amerikaner dagegen glauben, mit dem erneuerten Ätherkrieg die „guten Iraner“, die reformistischen Kräfte, stützen zu können. Das ist ein

schwerer Irrtum, wie die amerikanischen Einmischungen schon oft gezeigt haben.

„Tod den USA“ war eine der ersten Lösungen der islamischen Republik 1979, und daß sie über Jahre populär blieb, lag nicht zuletzt auch an der unsäglichen Washingtoner Iranpolitik während der Schah-Zeit

Mit dem Amtsantritt von Mohammed Khatami zum Staatspräsidenten der Islamischen Republik Iran im Mai vergangenen Jahres ist eine neue Ära der Entspannung in der Außenpolitik zu erkennen. Khatami möchte den Pluralismus fordern und den Iran gegenüber dem Westen öffnen. Er plädiert für einen „Dialog der Kulturen“, ja, er sandte auch versöhnliche Signale an den amerikanischen „Erzfeind“. Trotz unterschiedlicher Ansichten zwischen Republikanern und Demokraten scheinen diese Angebote in Washington letztlich ungehört zu verhallen. Schritte zu einem Dialog werden aufs Ärgerlichste behindert durch den Fall des „Radio Azadi“.

Ausgerechnet zwei Tage vor dem Jahrestag der Besetzung der US-Botschaft in Teheran vor 20 Jahren startete das Radio „Free Europe“, Radio Liberty, seinen persischsprachigen (Farsi) Sender „Radio Azadi“ (Freiheit). Unter diesem Namen sendete er von der Tschechischen Republik in einer Erprobungsphase täglich 30 Minuten in Richtung Iran und Irak.

Angeblich will Amerika nur den Informationsfluß in den Iran ermöglichen und die liberalen Kräfte um Präsident Khatami unterstützen. Und das, obwohl der amerikanische Sender „Voice of America“ bereits vorhanden ist und ohnehin täglich vier Stunden Berichte aus dem Iran und über den Iran ausstrahlt.

Irans reformorientierter Staatspräsident Khatami hat ohnehin Probleme, seine Gegner zu überzeugen, daß ein „Dialog der Zivilisationen“ ohne die Vereinigten Staaten nicht möglich sei.

Vor Inbetriebnahme des Senders „Radio Azadi“ hatte das Erziehungsministerium erst kürzlich in einem Erlass die Marschrichtung vorgegeben. Es forderte die Studenten auf, die „Tod Amerika“-Rufe zu unterlassen. Und so konnten Teheraner aus dem Munde der studentischen Anhängerschaft Khatamis erstaunliches vernehmen: „Alle Mißverständnisse werden durch Dialog verschwinden“. Andere Parolen waren: „Laßt uns die Mauern des Mißtrauens niederrreißen!“

„Radio Azadi“ wird einen Strich durch diese Rechnung ziehen. Der Start des Senders ist für die Rechtskonservativen im Iran ein willkommenes Thema. Sie sehen darin das Wirken der „amerikanischen Zionisten“. Dabei hat es in den USA seit der Zustimmung des Senats im November 1997 über die Gestaltung des Senders durchaus unterschiedliche Meinungen gegeben. Sogar Außenministerin Albright hatte sich gegen den Sender ausgesprochen, mußte sich aber schließlich mit einem „iranfreundlichen“ Leiter

des Senders zufriedengeben. Dieser Stefan Jaibashos, so die Teheraner Zeitung Kayhan, gehört zu den Iranern. Er war in den 60er und 70er Jahren alt Jahre im Iran als Freiwilliger des „Peace Corps“, einer US-Entwicklungseinrichtung, und als Dozent für Geschichte in der Internationalen Hochschule in Teheran tätig. Er soll Mitarbeiter des CIA sein, so die Zeitung Kayhan. Stefan Jaibashos ist der Meinung, verglichen zu allen arabischen Ländern im Nahen Osten sei der Iran „demokratischer“, und die USA müßten einen freundlicheren Kurs gegenüber dem Land einschlagen.

Die 1951 mit Unterstützung der CIA in München als Kampfsender gegen den Ostblock gegründete Station wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1995 auf ausdrücklichen Wunsch des Ex-Dissidenten Havel nach Prag verlegt.

In einer ersten Stellungnahme zu dem Sender kritisierte Khatami: „Das sind amerikanische Maßnahmen gegen unser System, unsere Bevölkerung und unsere Unabhängigkeit. Dies zeigt die unverändert feindselige Haltung der Amerikaner gegenüber dem Iran.“ Mit dem Start von „Radio Azadi“ zeigten die Verantwortlichen in den USA, daß sie kein Konzept für eine konstruktive Politik in der Region haben, so Khatami weiter.

Der Iran hat seinen Botschafter, Jafar Haschemi, aus der Tschechischen Republik abgezogen und die Handelsbeziehungen eingefroren. Irans Botschafter in Prag sagte, der Iran sehe in dem Einverständnis der tschechischen Regierung zu der Ausstrahlung des Senders, der das Ziel verfolge, die islamische Republik zu beseitigen, eine Einmischung der Prager Regierung in innere Angelegenheiten des Irans. „Da ich die Prager Regierung nicht von ihrer Anti-Iran-Politik abhalten konnte, verlasse ich Tschechien.“

Die tschechische Regierung hatte die Sendungen in Farsi in den Iran im August genehmigt. Präsident Vaclav Havel bezeichnete die Vorwürfe Irans als ungerechtfertigt.

Iran will gegen die Ausstrahlung des US-Senders Radio Azadi nun Protest beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag und bei anderen Institutionen einlegen, wie Außenminister Kamal Charasi in Teheran sagte.

Es wird in Teheran erwartet, daß die scharfmacherischen Rituale aus der Zeit revolutionärer Botschaftsbesetzungen wieder aufflammen. Dem Vorschlag des iranischen Präsidenten Mohammad Khatami, das Jahr 2001 durch Beschuß der UNO-Vollversammlung zum Jahr des Dialogs der Zivilisationen zu machen, ist mit der Gründung des Senders „Radio Azadi“ seitens der US-Administration eine Absage erteilt worden.

Das wiederum wird im Iran den Machtkampf zwischen liberalen Reformern um Präsident Khatami und konservativen Hardlinern jetzt auch auf dem Feld der amerikanisch-iranischen Beziehungen erschweren.



Anhänger des Wahlgewinners Hugo Chavez feiern ihren Sieg.

Venezuela vor Präsidentschaftswahlen

Friede den Hütten – aber noch kein Krieg den Palästen

Das Ergebnis der gerade stattgefundenen Wahlen für neue Landesregierungen und Delegierte zu den beiden Parlamentskammern hinterläßt ein ziemliches Gleichgewicht zwischen den bisherigen Parteien und ihren Absplitterungen und dem neu hinzugekommenen linkspatriotischen Parteienbündnis Polo Patriótico mit dem Ex-Oberst und ehemaligen Putschisten Hugo Chavez Frias.

Einige Wahlergebnisse fielen sehr knapp aus, andere sind eher dem zuletzt sehr verflachenden Wahlkampf zuzuschreiben. Es ging kaum noch um Programme, Inhalte und Vorhaben, nur noch um Köpfe.

Im gerade neu entstandenen Bundesstaat Vargas siegte der von einigen Bürgerlichen als linksradikal-subversiv bezeichnete Kandidat Alfredo Laya des Chavez-Bündnisses mit ca. 1.500 Stimmen Vorsprung über einen sozialdemokratischen Bürokraten. Gewonnen hat der Polo Patriótico ganz ordentlich in den bevölkerungsreichen Zentren und auch im Hinterland. Aber längst nicht so stark wie erhofft. Das hat die traditionellen Parteien erschreckt, aber auch gleichzeitig wieder hoffen lassen.

Zumal auch einige Uralt-Korruptos in ihren wie Latifundien verwalteten Ländern wieder bestätigt wurden. Auch der wegen Korruption abgesetzte Ex-Präsident Carlos Andres Perez (CAP) schaffte ein politisches Comeback. Bis zuletzt stand CAP unter Hausarrest, was ihn aber nicht hinderte, als Senator für seinen Heimatbundesstaat Tachira zu kandidieren und dort auch zu gewinnen.

Die nun im Dezember anstehenden

Präsidentschaftswahlen erfolgen direkt, und damit kann Chavez, der dort als Kandidat antritt, rechnen, soweit die Meinungsumfragen zutreffen, gewählt zu werden. Er führt bereits seit Frühjahr die Umfragen an, wenn auch zuletzt nicht mehr mit einem satten Vorsprung von 20 bis 30%.

Bei den Altparteien AD (Sozialdemokraten) und Copei (Christsoziale), die seit Ende der fünfziger Jahre das Land regieren, wächst die Einsicht und die Angst, zum erstenmal wirklich von den Fleischköpfen der Macht vertrieben zu werden. In den letzten Tagen begann eine fiebrige Verhandlungstätigkeit um die Bildung eines Gegenpols zu Chavez. Zu dumm, dass alle ihre Kandidaten, für die AD der bereits angejährige und wenig charismatische Alvaro Ucero und für die Copei die Ex-Miss-World Irene Saez, so gut wie keine Aussicht mehr haben, eine Mehrheit der Wählerstimmen zu bekommen.

Lachender Dritter könnte Salas Römer sein, der sich mit seiner Partei Proyecto Venezuela bereits vor einer Weile von der Copei getrennt hat. Havard-gebildet, von deutschen Einwanderern abstammend, reich und unabhängig, kann er auf zwei erfolgreiche Gouverneursperioden im Bundesstaat Carabobo, der als Vorzeigestaat gilt, zurückblicken. Dort wurde gerade sein Sohn wiedergewählt.

Sein einziges Problem: die lokalen Umstände sind in dem gesamten Land sehr unterschiedlich und man hat wenig Vertrauen darin, dass er in der Lage ist, Venezuela vergleichbar wie Chavez umzukrempeln.

Mit der Bildung eines Gegenpol zu Chavez könnte auch das Gegenteil erreicht werden, eine Verringerung der Gesamtstimmen, weil nicht sicher ist, dass die Anhänger der verschiedenen Kandidaten und Parteien einen gemeinsamen Kandidaten unterstützen werden – den man noch vor kurzem bekämpft hat. Salas Römer hält sich deshalb zurück, die offizielle Unterstützung oder Empfehlung der Altparteien anzunehmen oder gar einzufordern.

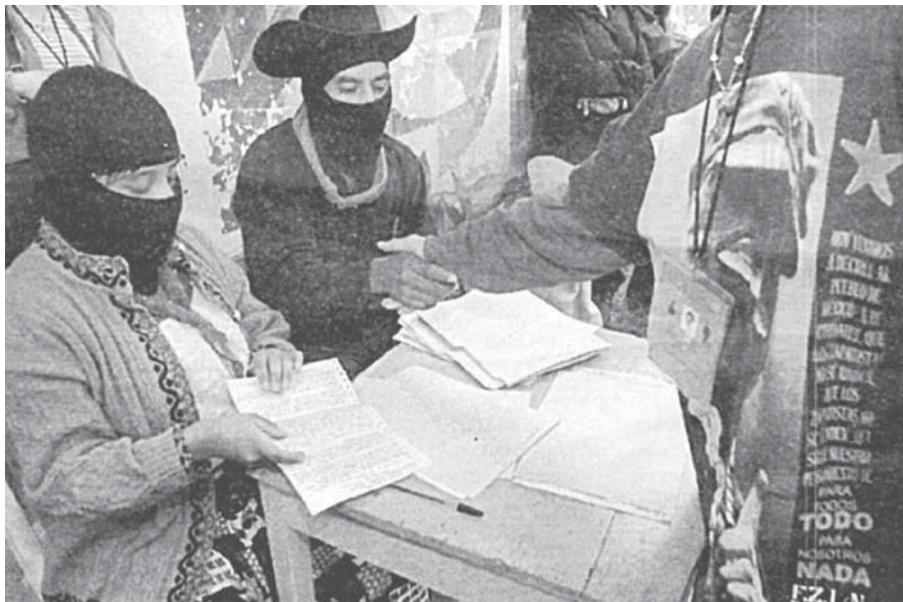
Eine fehlende Parlamentsmehrheit will Chavez, wenn als Präsident gewählt, durch ein Volksreferendum nach den Wahlen umgehen. Dann könnte er eigentlich tun und lassen, was er will.

Die vereinigten venezolanischen Massen kann er damit kaum erschrecken, die haben zu tragen, was die beiden regierenden Parteien in ihrer jahrzehntelangen Alleinherrschaft hinterlassen haben: Den Ruin eines sehr reichen Landes und seiner Institutionen, die praktisch seit Jahren kaum noch funktionieren. Arbeit, Bildung, Gesundheit und Sicherheit sind für die Mehrheit der etwa 20 Millionen Venezolaner keine Grundrechte mehr, auf die sie sich berufen können. Nach jüngsten Angaben arbeiten in Venezuela über 340.000 Kinder.

Aber damit kein Irrtum aufkommt: in diesem Wahlkampf geht es nicht wirklich um Diktatur (Chavez) und Demokratie (Salas Römer und andere), noch um Sozialismus und Kapitalismus.

Kein Präsident hat sich bis heute gescheut, per Notstand zu regieren. Der Noch-Amtsinhaber Caldera tat dies gleich nach seiner Wahl. Demokratie? Bisher hatten die Venezolaner nur die freie Wahl des nächsten, der sich und seiner Klientel auf ihre Kosten die eigenen Taschen voll macht. In den „goldenen Jahren“ des Ölrausches fiel nebenher auch was ab für die Durchschnittsvenezolaner, und es gab fast sowas wie einen modernen Sozialstaat. Das Dumme ist, diese Zeiten sind nicht wiederholbar, trotzdem hofft jeder insgeheim darauf, dass man solche Zustände wiederwählen könnte. Die zunehmende Verschlechterung, die zum Teil auch mit der ökonomischen Einbindung des Landes in den globalen Kapitalismus einhergeht, hat aber ein soziales Dynamitpaket mit brennender Lunte geschaffen. Und diese Lunte ist bereits sehr kurz: Die Schaffung von Metropolen, die zunehmend verslummen und ökologisch bereits tot sind. Eine Kriminalitäts- und Gewaltrate, die zu bestimmten Zeiten auf der Opferseite einen mittleren Bürgerkriegsdurchschnittswert erreicht. Eine vollkommen korrupte, unwillige und unfähige Administration.

Die Verantwortlichen sind bekannt: es sind die sogenannten Demokraten und ihre Nutznießer in In- und Ausland. Zum ersten Mal hat nun ein Kandidat die volle Unterstützung der übergroßen Masse der Habenichtse. Das verspricht Friede den Hütten – aber noch kein Krieg den Palästen. (Gal/Venezuela, 19.11.1998)



GESPRÄCH ZWISCHEN ZAPATISTEN UND VERTRETERN DES MEXIKANISCHEN PARLAMENTS GEPLATZT. Vorgesehen waren umfassende, drei Tage dauernde Verhandlungen über die Lage der Ureinwohner in Chiapas sowie die soziale und ökonomische Lage des Landes. Die Zapatisten hatten eine Liste mit Beschwerden über die Sicherheitsbedingungen und ihre Unterbringung vorgebracht. Vor mehreren hundert Zuhörern warf Commandante Leticia der Regierung vor, sie wolle den Krieg. Voraussetzung für neue Gespräche seien Freilassung aller zapatistischen Gefangenen, Abzug des Militärs, Entwaffnung der rechten Paramilitärs sowie Umsetzung des 1996 vereinbarten Abkommens von San Andres, in dem die Rechte der Ureinwohner definiert wurden. Bild: Delegierte der Zapatisten bei Gesprächen in San Cristobal. (aus: Junge Welt)

Griechenland: Kommunistischer Wahlerfolg

Bei den griechischen Regional- und Kommunalwahlen am 11. Oktober haben die von der KP Griechenlands (KKE) unterstützten Listen Gewinne erzielt. Im Verhältnis zur letzten Wahl (1994) stiegen sie um 0,3 Prozent auf 7,4 Prozent. In einigen Orten war der Gewinn außerordentlich hoch: so erzielte die KKE-Liste in Kastoria 18,5 Prozent (+ 2,6 Prozent), in Larisa 19,3 Prozent (+ 9,5 Prozent), in Preveza 23,2 Prozent (+ 5,9 Prozent).

Vor allem in Orten, in denen soziale Kämpfe stattfanden, hat die Partei zugelegt. Ihre Generalsekretärin Aleka Papariga betonte, daß die KKE „in den kommenden Jahren weiterhin aktiv den sozialen Kampf und die politische Aktion unterstützen und organisieren wird“.

Portugal: Gewerkschaften mobilisieren gegen Regierungsprogramm

Die „sozialistische“ Regierung in Portugal hat jetzt ein Programm vorgelegt, das die Arbeitsverhältnisse „reformieren“ soll. Die Kernpunkte: Zeitarbeitsverträge sollen verallgemeinert werden, dabei soll es nun möglich sein, die Wochenarbeitszeit bei Lohnsenkung zu reduzieren. Auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sollen nach Kapitalinteressen geregelt werden. Zudem soll der staatliche Anteil an dem Sozialversicherungshilfsfond für in Not geratene Unternehmen von 50 auf

70% erhöht, der Unternehmeranteil aber von 50 auf 15% gesenkt werden. Das Kapital hat den Plänen schon seine Zustimmung versichert. Ganz anders jedoch die linken Gewerkschaften und die Kommunistische Partei. Der Vorsitzende des kommunistischen Gewerkschaftsdachverbandes CGTP sagte, „der Lebensstandard der portugiesischen Arbeiter ist in den letzten Jahren immer weiter gesenkt worden. Die Sozialisten machen da weiter, wo die konservative Regierung 1995 aufgehört hat“. Der Gewerkschaftsdachverband und die KP haben in den letzten Wochen eine Aufklärungskampagne gegen das Regierungsprogramm gestartet. Ende Oktober demonstrierten rund 10.000 Menschen vor dem Parlament.

Niederlande: Rechtsextreme Partei verboten

Ein Gericht in Amsterdam hat vergangene Woche die rechtsextreme Partei CP 86 verboten. Das Gericht erklärte die Partei für aufgelöst, da ihre Ziele mit der öffentlichen Ordnung unvereinbar seien. Die Partei rufe zum Rassenhass auf und diskriminiere die Ausländer. Damit folgte das Gericht einem Antrag der Staatsanwaltschaft. Noch vor einigen Jahren war CP 86 in mehreren Stadträten vertreten, unter anderem in Rotterdam. Die Partei arbeitete eng mit Faschisten in der BRD und Belgien zusammen. Bei den vergangenen Kommunal- und Parlamentswahlen schnitt sie jedoch sehr schlecht ab. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft

sagte, wenn ehemalige CP-Funktionäre versuchen sollten, die Partei neu zu gründen, könne direkt gegen sie vorgegangen werden.

Italien: Lebenslange Haft für SS-Offiziere bestätigt

Der italienische Kassationsgerichtshof hat in der vergangenen Woche die im März verhängte Haftstrafe für die ehemaligen SS-Offiziere Erich Priebe und Karl Hass bestätigt. Nach vierstündigen Beratungen wies die erste Kammer des Gerichts in Rom den Revisionsantrag der Verteidigung zurück. Priebe und Hass waren wegen ihrer Beteiligung am Massenmord in den Ardeatinischen Höhlen im Jahre 1944 verurteilt wurden. Die Familien der Opfer begrüßten das Urteil. „Das ist ein Sieg für die Gerechtigkeit“, sagte der Vorsitzende der Vereinigung ANFIM, Gigliozzi, nach der Entscheidung des Gerichts. Priebe war in dem Prozeß zu 15 Jahren und Hass zu 10 Jahren und 8 Monaten verurteilt worden. Sie erhielten jedoch aus humanitären Gründen sofort einen Straferlaß von 10 Jahren. Heftige Proteste in der italienischen Öffentlichkeit hatten dann zu einem Berufungsverfahren geführt, in dem beide zu lebenslanger Haft verurteilt wurden.

Simbabwe: Enteignung des weißen Farmlandes angekündigt

Simbabwes Präsident Robert Mugabe hat die sofortige Enteignung von 841 weißen Großfarmen angeordnet. Nach ersten Informationen schätzt der Farmerverband die Gesamtfläche auf etwa 3 Millionen Hektar, berichteten südafrikanische Zeitungen. Eine Reihe von Farmers hielten entsprechende Briefe erhalten. Den Zeitungen zufolge unterzeichnete Mugabe die Anordnung am 12. November, als frühere Guerillakämpfer und landlose Kleinbauern erstmals mit Gewalt Farmen besetzt hatten.

In Simbabwe wird vermutet, daß der Staatschef mit dem Schritt den Unmut der Bevölkerung dämpfen will. Am Mittwoch hatte erneut ein Generalstreik die großen Städte lahmgelegt. Offenbar haben die betroffenen Landwirte lediglich 14 Tage Zeit, ihr Gut zu verlassen. Nach geltendem Gesetz seien die Bauern enteignet, sobald sie entsprechende Briefe in Händen hielten. Landwirtschaftsminister Kangai hat den über 800 Farmers angeblich sofort nach Mugabes Anordnung entsprechende Briefe geschickt. Die westlichen Geberländer, die Simbabwes Regierung vor Enteignungen gewarnt hatten, wurden nicht informiert.

Mugabe hatte bereits vor einem Jahr angekündigt, die schon vor der Unabhängigkeit Simbabwes 1980 geplanten Landreform endlich umzusetzen. Die Mehrzahl aller Schwarzen in Simbabwe ist noch immer landlos, während sich rund 4.500 weiße Farmer 70% des Bodens teilen. (Zusammenstellung: hav)



Köln. Los ging es wie immer auf der Domplatte – vorneweg gegen Wind und Regen das hölzerne St. Martinspferd mit Walter Hermann. Entstanden ist der Zug als Protest gegen die Vertreibung der Obdachlosen aus Hauptbahnhof, U-Bahnstationen und Domumgebung. Dann: Konfrontation an der Hohe Straße: eine Kette von Polizisten verwehrt den Zugang in den Kauf- und Konsumbereich der Stadt. Die ehema-

ligen Hausbesetzer von der Spichernstraße präsentieren auf einem Transparent ihren Wunschzettel an St. Martin. Dann quer über den Domvorplatz, das Pferd die Treppen runtergetragen, und im Hauptbahnhof wird aufgespielt: das große Klagemauer Streichquartett mit Gitarren, Didgeridoo und Gesang: Nein, nein, wir wollen nicht eure Welt; wir wollen nicht eure Macht; und wir wollen nicht euer Geld ...

Wundervolle Violinen-Duos von Mozart und zum Schluß der Kanon „Wehrt euch, leistet Widerstand; Laßt euch nichts gefallen ...“ Plötzlich erscheint dann auf der großen Anzeigentafel der Bundesbahn der abgebildete schöne Willkommensgruß, der alle in Jubel ausbrechen läßt. Zum guten Schluß zog dann der Martinszug der Obdachlosen zur Kreuzkirche in der Machabäerstraße zu einer Martinsfeier. k.h.

Halil Ray mußte freigelassen werden – Kirchenasyl in Wuppertal

MANNHEIM/WUPPERTAL/KÖLN. Die Auseinanderersetzung um das Wanderingkirchenasyl geht weiter: Der in Mannheim inhaftierte Halil Ray wurde am Donnerstag, den 19. November freigelassen. Die Kampagne „Kein mensch ist illegal“ bezeichnet dies als Erfolg, weil bisher niemand aus der Gruppe abgeschoben wurde. Am 22. November suchten in Wuppertal eine Gruppe von 30 kurdischen Flüchtlingen Zuflucht in einer Wuppertaler Kirchengemeinde, um ihrer drohenden Abschiebung zu entgehen. Das Unterstützerplenum erklärte: „Wir hoffen, daß die Kirchengemeinden in Wuppertal die Zuflucht in der Gemarker Kirche unterstützen werden und die Flüchtlinge nicht an die Behörden ausliefern.“

Das Kölner Netzwerk der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ führte Ende November mit dem Generalsekretär des Menschenrechtsvereins in der Türkei, Nazmi Gür eine Veranstaltungsreise in zahlreichen nord- und westdeutschen Städten durch. Auf einer Veranstaltung in

Köln verabschiedeten 200 Personen eine Resolution: „Wir fordern die Anerkennung kurdischen Flüchtlinge als Bürgerkriegsflüchtlinge i.S.d. § 32a des Ausländergesetzes.“ jöd

Proteste gegen den polizeilichen Datentyp „Sinti/Roma“ in Bayern

MÜNCHEN. Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, hat Mitte November erneut Ministerpräsident Edmund Stoiber aufgefordert, die gesonderte Erfassung eines „Sinti/Roma“-Typs bei der kriminalpolizeilichen Tätersuche abzuschaffen. Dieser lehnte jedoch ab, denn die bayerische Aufklärungsquote von 64,4 Prozent – „damit liegen wir um 20 Prozent vor dem Bundesdurchschnitt“ – sei auch der „genauen Täterbeschreibung“ zu verdanken. Bereits am 28. Juli hatte der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma gemeinsam mit dem Landesverband und 2 Auschwitzüberlebenden beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof Popularklage und Verfassungsbeschwerde gegen den Freistaat Bayern eingereicht. Auf der Konferenz der Organisation für Sicherheit und

Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vor zwei Wochen in Warschau stieß die bayerische Erfassungspraxis auf Kritik. Auf dem Treffen von Vertretern des Bundes, der Länder und der vier nationalen Minderheiten (Dänen, Sorben, Friesen und deutsche Sinti und Roma) wurde der deutsche Bericht über die Einhaltung des europäischen „Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten“ beraten. Auch hier wurde deutlich, daß Stoiber seine Haltung ändern muß, wenn sich nicht auch noch der Europarat einschalten soll. Dieser wird sich ab 1.2.1999 mit den Staatenberichten befassen. baf

Arbeitslosengruppen rufen auf zur Demo am 12. Dezember in Wien

Anlässlich des EU-Beschäftigungsgipfels mobilisieren Arbeitslosengruppen und Euromarsch-Initiativen in Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Großbritannien, Holland, Belgien und osteuropäischen Ländern zu einer Demonstration für ein soziales und lebenswertes Europa. Sie führt um 14 Uhr vom Wiener Westbahnhof zum Audi Max der TU. Rahmenveranstaltungen finden statt. •

Entmilitarierter Volkstrauertag

Zum achten Mal fand die zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag auf dem Mannheimer Hauptfriedhof in entmilitarierter Form statt. Getragen wird die Gedenkstunde vom „Arbeitskreis Volkstrauertag“, an dem sich in diesem Jahr neben dem DGB Kreis Mannheim, der DFG-VK und der VVN-BdA auch der Verband Deutscher Sinti und Roma, die Freireligiöse Gemeinde und der AK Justiz beteiligten.

Die Hauptrede hielt Lothar Mark (MdB), ehemaliger Kulturbürgermeister der Stadt. Er hob die Verpflichtung hervor, die gerade gegenüber der jungen Generation besteht, das Ungeheuerliche der NS-Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Er prangerte besonders das Nachkriegsverhalten der westdeutschen Justiz an und erinnerte in diesem Zusammenhang an das Mannheimer NS-Sondergericht und die Karrieren seiner Richter.

Der anschließende Schweigeweg führte zunächst zum „48er Denkmal“ im Gedanken an die in Mannheim standrechtlich hingerichteten Revolutionäre von 1848/49. Thomas Lasi, Prediger der Freireligiösen Gemeinde Mannheim, erinnerte dabei auch an den ebenfalls hingerichteten Gründer dieser Glaubensgemeinschaft, Valentin Streuber.

Weiter ging es dann zum Gräberfeld der gefallenen Soldaten. Hier stellte Gaby Weiland von der DFG/VK die Geschichte des Marinesoldaten Rainer Beck dar, der in einem kanadischen Kriegsgefangenenlager in Holland unter den Augen kanadischer Offiziere bereits nach der Kapitulation der Wehrmacht in Holland am 7. Mai 1945 von einem „Feldgericht“ wegen „Fahnenflucht“ zum Tode verurteilt und erschossen wurde. Er hatte sich als Halbjude dem Marschbefehl ins Reich aus gutem Grund entzogen. Gaby Weiland verband das Gedenken an die Deserteure des zweiten Weltkriegs mit dem Hinweis auf das Schicksal der Deserteure aus der türkischen Armee, die sich dem Kurdistankrieg entziehen und in Deutschland kein Asyl bekommen.

An der KZ-Gedenkstätte erinnerte Ilona Lagrene an die rassistische Verfolgung der Sinti und Roma in Mannheim. Sie schilderte das Schicksal einer Überlebenden, die jedoch zwangssterilisiert worden war.

Nachmittags führte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge seine Gedenkstunde unter Beteiligung uniformierter Soldaten und Veteranen durch. Der Mannheimer Morgen zitiert einen VDK-Redner mit den Worten: Es sei traurig, wenn immer wieder versucht werde, „eine ganze Armee herabzuwürdigen“, die überwiegende Mehrzahl der deutschen Soldaten des zweiten Weltkrieges

habe „fair und ritterlich gekämpft“. Grund genug, das Lied vom „Guten Kameraden“ blasen zu lassen. Das angebliche Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt wird vom VDK, der es nach sechs Jahren im Arbeitskreis Volkstrauertag nicht mehr ausübt, zur Feier nachträglicher Sinnstiftung für soldatischen Opfertod – in alter Kameraden-Tradition.

tht

Demonstration in München, Marienplatz



Demonstration zur Novemberrevolution

Gegen Krieg, Hunger und Obrigkeit

8./9. November: Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle 1923 – Blutordenstag der Nazis nach 1933 – Reichspogromnacht 1938. Tag der nationalen Hysterie 1989. Der Tag, an dem 1997 die Neonazis durch München marschierten – und aufgrund antifaschistischer Proteste nicht durften. Aber auch: Novemberrevolution am 7.11.1918, des Sturzes der Monarchie, der Ausrufung der Republik in Bayern („Freistaat Bayern“) durch Kurt Eisner. Wie anders wäre die Geschichte verlaufen, wenn damals die Revolution der kleinen Leute, die die Schnauze voll hatten vom Krieg, vom Hungern und Frieren und vom Ducken vor der Obrigkeit, erfolgreich weitergeführt hätte werden können ...!

Selten ist die Rede von dieser Revolution. Am 7. November 1998 wurden die Münchner an diesen Teil ihrer Geschichte erinnert. Auf der Theresienwiese unterhalb der Bavaria – dort wo vor genau

80 Jahren Tausende den Reden der Anführer der linken Parteien lauschten, um dann loszuziehen und die Kasernen zu stürmen, den König abzusetzen und einen Arbeiter- und Soldatenrat zu bilden – trafen sich etwa 500 Menschen zu einer Demonstration durch die Stadt bis zum Marienplatz, darunter einige, die noch eigene Erinnerungen an diesen Tag hatten. Die 89jährige Centa Herker-Beimler z.B., deren erster Mann, Hans Beimler, im November 1918 in Cuxhaven am Aufstand der Matrosen teilnahm und im April 1919 die Münchner Räterepublik verteidigte. Oder der alte Kollege, der mir erzählte, er sei als Kind mit seinen Eltern dabei gewesen, und seine Mutter habe später immer die Münchner Neue Zeitung ausgetragen. Eine fröhlich-bunte Demonstration sollte es sein, das war schon durch die Parole von Flugblättern und Plakaten angedeutet „Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf“ (frei nach Pfanni) und durch die selbstironische Namensgebung der Veranstalter: „Provisorischer Revolutionärer Zentralrat Münchener Linker und Initiativen“. Unerwartet ernst verlief jedoch die Auftaktkundgebung. Die Nachricht von der Ermordung der jungen Münchnerin Andrea Wolf durch das türkische Militär in Kurdistan machte wohl jedem Anwesenden bewußt, daß die Herrschenden auch heute vor keiner Schandtat zurückstrecken, wenn ihre Macht in Frage gestellt wird. Vorbei ging dann der Zug an der Stelle, wo am 26. September 1980 Neonazis das blutige Bombenattentat verübt hatten, bei dem 13 Menschen getötet und über 200 verletzt wurden. Vorbei an der Stelle, wo einst die Hauptsynagoge Münchens stand, die bereits im Frühjahr 1938 abgerissen wurde, ein halbes Jahr vor der Brandschatzung der Synagogen während der Reichspogromnacht. Vorbei am Platz der Opfer des Nationalsozialismus. Martin Löwenberg am Lautsprecher des Demo-Lkw's wußte an jeder Station Wichtiges und Nachdenkenswertes zu sagen. Vor der Feldherrnhalle am Odeonsplatz konnte mit Befriedigung das große Zelt besichtigt werden, in dem das Kulturreferat der Stadt München von Samstag bis Montag ein Film- und Diskussionsprogramm gegen Antisemitismus durchführte – und damit rund um die Uhr den Platz besetzt und für Nazi-Gedenkaktivitäten unzugänglich hielt.

R.H



Will die Stadt einen Ausländerbeirat?

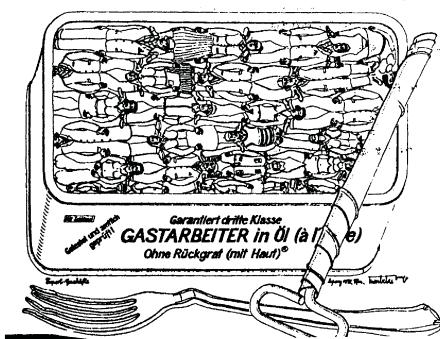
Seit den Haushaltsberatungen im November/Dezember letzten Jahres ziehen sich die Querelen um den Finanzaushalt des Ausländerbeirates hin und lähmen diesen bei seiner sowieso schon nicht leichten Arbeit, so daß diese fast völlig zum Erliegen kam.

Der eh schon zu niedrig angesetzte Haushaltsentwurf des Beirates von 26.600,- DM wurde auf 10.000,- DM zusammengekürzt, also weit unter das Existenzminimum. Erst nach massivem Protest seitens des Beirates und verschiedener Einlagen wurde er auf 16. 000,- DM erhöht und eine Erledigung der aus der letzten Legislaturperiode stammenden Schulden von rund 9000,-DM zugesagt. Nach einer Berechnung des Vertreters der Caritas im Beirat liegt dieses exakt bei 18.750,- DM. Vor dem Hintergrund dieser Situation kündigte der Vorsitzende Ismet Zeytin an, daß er und der gesamte Beirat zurücktreten müßten, weil sie nicht arbeitsfähig seien. In der letzten Sitzung stellte er die rhetorische Frage, ob die Stadt Schweinfurt überhaupt einen Ausländerbeirat wolle. Wenn ja, müsse sie ein Signal setzen. Die im Nachtragshaushalt in Aussicht gestellten zusätzlichen 2000,- DM seien für ihn als Signal nicht angemessen. Damit liege der Beirat von Anfang an auch nächstes Jahr im roten Bereich und habe dabei noch keine einzige Aktivität bezahlt. Selbstfinanzierung durch Spenden (Förderverein), Basare und andere Eigeninitiativen, um an Geld zu kommen, unterstützte er vorbehaltlos, jedoch nur als Zubrot zu einer gesicherten Finanzgrundlage. Schließlich hätten sie die Portokosten für den letzten Rundbrief auch durch einen Flohmarkt finanziert. Mit dieser Aussage erhielt er die Unterstützung des Beirates und den Auftrag, nochmals einen Antrag auf Aufstockung zu stellen.

Einzig der griechische CSU-Vertreter Kolokythas hielt dagegen. Er versteht sich im Gegensatz zu den anderen nicht-deutschen Beiratsmitgliedern, die die Interessen ihrer Landsleute vertreten wollen, nach eigener Aussage als Vertreter der CSU und Sprachrohr der OB.

Wir unterhielten uns mit dem inzwischen zurückgetretenen DGB-Vertreter Michael Dörfer sowie dem bei der Gründung des Beirats 1987 gewählten ersten Vorsitzenden Hasan Öztürk.

jüw



Gespräch mit dem zurückgetretenen DGB-Vertreter Michael Dörfer

■ Michael, Ihr stellt in Eurem Flugblatt die Frage, ob die Stadt Schweinfurt an einer Weiterexistenz des Ausländerbeirates interessiert ist. Wie beurteilst Du persönlich die Haltung der Stadt gegenüber dem Ausländerbeirat?

Seit Bestehen des Beirates hatte ich das Gefühl, daß der Ausländerbeirat sehr kurz gehalten wird. Als OB Grieser an die Macht kam, war es ihr Anliegen, den Beirat in seinen Möglichkeiten weiter einzuschränken. Nach einer gewissen Schamfrist und seit 1996 mit der CSU-Mehrheit im Rücken hat sie das forciert. Die Stimmung in der Öffentlichkeit ist eher gegen den Beirat. Das wird ausgenutzt, um ihn finanziell auszubluten.

■ Stadtrat Lauerbach (CSU) hat zum wiederholten Mal den Ausländerbeirat mit dem Seniorenbeirat verglichen und fordert einen entsprechenden Umgang der Stadt mit Eurem Gremium, d.h. Kündigung Eures Büros, um Fremdkosten zu vermeiden und ausschließlich ehrenamtliche Tätigkeit. Wie stehst Du zu diesem Vorschlag?

Gegen Büroräume im Rathaus ist überhaupt nichts einzuwenden, im Gegenteil – das ist eine uralte Forderung von uns. Schließlich gehört der Ausländerbeirat als kommunales Gremium eigentlich auch ins Rathaus. In anderen Städten ist der Beirat möglichst nahe beim Büro des oder der OB angesiedelt. Aber bei allen Vorstößen von uns hieß es, das sei nicht möglich wegen aktuellen Raummangels in der Stadtverwaltung.

■ Wie siehst Du den Stellenwert des Ausländerbeirats und seine satzungsgemäßen Aufgaben?

Der Ausländerbeirat kann mit dem Seniorenbeirat nicht verglichen werden: Senioren haben als wahlberechtigte Deutsche eine politisch gewählte, demokratisch legitimierte Vertretung im Stadtrat mit allen Rechten. Der Ausländerbeirat dagegen hat zum großen Teil die Funktion, Nichtwahlberechtigte, die ebenso wie Deutsche Steuern und Abgaben zahlen und ihren kommunalen Pflichten in jeder Hinsicht nachkommen, gegenüber der Kommune zu vertreten. Durch seine Vorfeldarbeit entlastet er die Verwaltung, da Probleme vorher im Beirat in Gesprächen geklärt werden können und so gar nicht erst in den Ämtern vorgetragen werden müssen. Beratungsarbeit in der Geschäftsstelle kann untertags von ehrenamtlichen Kräften nicht geleistet wer-

den, da sie im Gegensatz zu Rentnern, arbeiten müssen. Der Ausländerbeirat ist solange notwendig, wie Nicht-EU-Ausländer kein Wahlrecht haben. Der Schweinfurter Beirat hat jedoch in der Vergangenheit seine satzungsgemäßen Möglichkeiten nicht ausreichend ausgeschöpft. Das liegt einerseits an der schlechten finanziellen Ausstattung, aber auch an eigenen Unzulänglichkeiten.

■ Was verstehst Du konkret unter den Forderungen, die Ihr an die Stadt gestellt habt?

Wir wollen eine ausreichende finanzielle Unterstützung auf der Grundlage des vom Beirat aufgestellten Haushaltes. Außerdem fordern wir eine stärkere ideelle Unterstützung durch die Stadt. So könnte z.B. durch kommunales Marketing der Ausländerbeirat in der Öffentlichkeit regelmäßig vorgestellt und seine Arbeit besser dargestellt werden.

■ Habt Ihr bereits einen konkreten Beschluß über den gemeinsamen Rücktritt des Beirats gefaßt? Was erwiderst Du auf den Vorwurf der Erpressung durch die OB?

Nein, das nicht – es wurde nur ein Meinungsbild erstellt. Der Beirat hat in seiner momentanen Situation keine andere Wahl, er kämpft ums Überleben.

■ Welche Haltung und welche konkreten Schritte erwartest Du von der Opposition im Stadtrat, von Gewerkschaften und Verbänden sowie den ausländischen Vereinen?

Ich fordere alle fortschrittlichen Kräfte auf, wenn sie Ausländerpolitik nicht nur als Lippenbekenntnis betreiben, in ihren Organisationen, Vereinen, Parteien, usw., entsprechend politisch tätig zu werden, den Meinungsbildungsprozeß in unserem Sinne aktiv voranzutreiben, unsere Forderungen zu unterstützen sowie über unsere Arbeit aufzuklären und so öffentlichen Druck für unsere Vorstellungen zu erzeugen. Dies kann z.B. durch öffentliche Aktionen, Leserbriefe und Presseerklärungen erfolgen.

Fragen zur Situation an den ehemaligen Ausländerbeiratsvorsitzenden Hasan Öztürk

■ Der derzeitige Ausländerbeiratsvorsitzende Ismet Zeytin hat auf der letzten Sitzung des Ausländerbeirates die Frage gestellt: „Hat die Stadt überhaupt ein Interesse an uns?“. Wir wissen beide, daß der Ausländerbeirat 1987 mit

nur einer Stimme Mehrheit (der Stimme des damaligen FDP-Stadtrates Riederer) vom Stadtrat beschlossen worden ist und das bei einer SPD-Mehrheit. Die Finanzprobleme begleiten den Beirat seit seinem Bestehen. Seit der CSU-Mehrheit im Stadtrat hat sich die prekäre finanzielle Situation erheblich verschlechtert. Du bist damals aus Protest gegen die Finanzpolitik der Stadt zurückgetreten. Wie würdest Du die Frage von Zeytin heute beantworten?

Prinzipiell muß ich Herrn Zeytin recht geben. Schon zu meiner Amtszeit mußten wir immer um unseren Haushalt kämpfen, aber wir konnten uns weitgehend durchsetzen. Das lag vor allem auch daran, daß wir die Unterstützung des damaligen Oberbürgermeisters Petzold hatten. Deswegen hatten wir in den ersten fünf Jahren unseres Bestehens keine finanziellen Probleme. Das änderte sich erst mit der Wahl von Gudrun Grieser zur Oberbürgermeisterin.

■ Wie beurteilst Du die Aussage der OB, die die Ankündigung des Beirats, aufgrund der unzureichenden Finanzen nicht mehr arbeitsfähig zu sein und deshalb zurücktreten zu müssen, als Erpressung bezeichnet?

Ohne ausreichende finanzielle Unterstützung durch die Stadt ist der Ausländerbeirat meiner Meinung nach nicht existenzfähig. Wenn Herr Zeytin zurücktreten will, weil sein Beirat aufgrund der finanziellen Misere nicht arbeitsfähig ist, hat das mit Erpressung nichts zu tun.

■ Die OB hat jetzt signalisiert, daß in einem Nachtragshaushalt möglicherweise nochmals 2000,- DM für den Ausländerbeirat bereitgestellt werden könnten, daß wären dann 18 000,- DM Jahresetat. Reicht das?

Wenn ich mich recht erinnere, war der finanzielle Ansatz bei der Gründung des Beirats 1987 ein Etat von 25 000,- DM als Untergrenze jährlich.

■ Was würdest Du heute fordern?

Auch ein Etat von 18.000 DM reicht bei weitem nicht aus. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, daß 25 000 DM schon bei uns die unterste Grenze waren. Wir bekamen damals (vor 8 – 10 Jahren, d.Red.) einschließlich Entschädigung für Lohnausfall und Reisespesen 32 000 DM. Heute wäre der Haushalt bedeutend höher anzusetzen, z.B. bekommt der Erlanger Beirat von der Stadt jährlich 60 000,- DM.

■ Was rätst Du dem Beirat? a) in der Auseinandersetzung mit der Stadt, b) bei seiner zukünftigen Arbeit?

Wie schon gesagt, ist für mich ein Ausländerbeirat ohne ausreichende finanzielle Ausstattung nicht arbeitsfähig und damit bedeutungslos. Die Beiratsmitglieder müssen einig sein und kämpfen. Wenn sie trotzdem nichts erreichen, sollen sie zurücktreten – wie Kollege Michael Dörfer.

Wie Denunzianten, Spitzel und Unterwäschedurchwühler das Klima vergiften oder:

Avantgarde der Mißbrauchsbekämpfung

GELSENKIRCHEN. Eine zehn Mann starke Ermittlungstruppe aus dem gehobenen Dienst geht seit letztem Jahr in Gelsenkirchen auf die Pirsch nach sog. Sozialhilfetrügern, einer Spezies, die bekanntlich an den Grundfesten unserer Gesellschaftsordnung rüttelt.

Die Waffen dieser Eliteeinheit sind lediglich Laptop und Mobiltelefon. Qualifizierte Tätigkeiten wie das Durchwühlen fremder Wäsche gehört zum Ausbildungsprogramm und wird gewissenhaft geschult. Diese furchtlosen Männer scheuen sich nicht, unangemeldete Hausbesuche bei ihren ahnungslosen Opfern durchzuführen. Jegliche Selbstzweifel angesichts peinlicher Situationen und von Armut und Demütigung müssen zugunsten der hehren Ziele unterdrückt werden. So schwerwiegende Verbrechen wie das Verschweigen eines noch brauchbaren Wintermantels oder der Besitz einer Unterhose zuviel, wird von diesen ruhmreichen Vertretern des Sozialamts gnadenlos entlarvt und hat die entsprechende Kürzung der Sozialhilfe zur Folge. Doch unsere Helden schrecken auch nicht davor zurück, die gräßlichste Art der aus Geldmangel geborenen Tätigkeit zu bespitzeln, die berüchtigte Schwarzarbeit. Selbstlos verbringen sie müßige Stunden in Cafes, Restaurants, Kneipen und anderen Sündenpools, denn die freundliche Bedienung könnte ja hinterhältigerweise zu ihrem kargen Lohn noch Sozialhilfe beziehen. Dabei dürfen unsere bedauernswerten Retter des Sozialsystems noch nicht einmal die Rechnung selber bezahlen, sondern müssen diese auf die Spesenabrechnung setzen. Doch was tut man nicht alles dafür, daß der Schatzmeister der sozialamtlichen Kassen im Jahre 1997 auf diese Art und Weise stolze 1,5625 Prozent der ausbezahlten Sozialhilfe einsparen konnte.

Dabei ist sogar mit weiteren innovativen Steigerungen zu rechnen. Der Ein-Jahres-Plan für 1998 sieht eine Soll-Steigerung auf sagenhafte 2,0833 Prozent vor. Doch lassen wir an dieser Stelle den ehrenwerten Leiter des „Gelsenkirchener Ermittlungsmodells“, Herrn Sußmann, selber zu Worte kommen: „Verschwindend gering“, findet er die Mißbrauchsquote. „94% bekommen die Sozialhilfe zu Recht“! Aber eben die anderen 6% gilt es aufzufindig zu machen, denn wo würden wir hinkommen, wenn die Armen und Entrechteten sich Privilegien der Reichen und Besitzenden, wie jenes auf Betrug, zu eignen machen würden? So gilt auch hier, daß der Zweck die Mittel heiligt, auch wenn von dem eingesparten Betrag von 1,5 Mio DM von insgesamt 96 Mio DM ausgezahlter Sozialhilfe aus 1997 mindestens die Hälfte für die Lohn- und Spesenkosten

der Ritter der Gerechtigkeit draufgeht. Denn Abschreckung und Einschüchterung ist angesagt, und wer weiß, vielleicht sind weitere Einsparungen möglich, wenn sich noch mehr potentielle Betrüger erst gar nicht mehr trauen, überhaupt noch Sozialhilfe zu beantragen?

Ein weiteres Trostpflaster für die entbehungsreiche Tätigkeit unserer Sozialkampftruppe ist das stolze Bewußtsein, zur Avantgarde der Mißbrauchsbekämpfung zu gehören. Schließlich hat Gelsenkirchen zusammen mit Bottrop den Vorreiter im Ruhrgebiet gemacht, Herne hat jetzt nachgezogen.

Aber auch bundesweit findet das Gelsenkirchener Modell Beachtung, so wurde ein städtischer Mitarbeiter aus Bitterfeld erst kürzlich mit großem Erfolg im Wäschedurchwühlen geschult. Übrigens hat die Stadt Gelsenkirchen mit Genugtuung gesehen, daß sich auch unsere ostdeutschen Brüder in diesen Reigen einreihen, denn seit es die Stasi nicht mehr gibt, haben die sowieso alle Langeweile, und überhaupt: gelernt ist gelernt.

Selbstverständlich ist in dem Berufsbild auch die Förderung und Entwicklung einer Art Nachfolgemodell des schon im Dritten Reich beliebten Blockwärtsystems enthalten. Denunzianten aus der Nachbarschaft oder aus gescheiterten Beziehungen sind als informelle Mitarbeiter herzlich willkommen. Niedrige Instinkte wie Neid, Mißgunst und Rachsucht oder auch einfach nur der Drang, die eigene, oft als machtlos empfundene Situation irgendwie zu kompensieren, gilt es zu pflegen und zu hegen. Oder sei es, daß so mancher Ärger hart arbeitender Menschen über jene, die sich irgendwie durchs Leben mogeln, auf die Mühlen unserer Fahnder gelenkt wird. Egal. Denn immerhin: In zwei von drei Fällen stimmt der Tip, eine gute Trefferquote, schließlich will das Plansoll erfüllt werden, siehe oben. Das Beste aber daran ist, daß der obligatorische Hausbesuch bei jedem neuen Sozialhilfe-Antrag eingespart werden kann, denn auf die Nachbarn ist Verlaß, und letztendlich zählt der Überraschungsmoment.

Fazit: Die verantwortlichen Schreibtischtäter können wirklich stolz darauf sein, mit ihrer völlig überzogenen Jagd auf Sozialhilfeempfänger die Verhältnisse so auf den Kopf zu stellen, daß eine objektive, den Mißständen auf den Grund gehende Diskussion noch mehr erschwert wird.

Mit dem Ausbau von Denunzianten- und Spitzeltum wird das gesellschaftliche Klima vergiftet, die Ausgegrenzten geraten in den Ruch von übeln Tätern, reaktionäres Gedankengut, das u.a. auf solchen Denkmustern basiert, wird weiter hoffnig gemacht. Herzlichen Glückwunsch!

tja

„Das Gezerre um die Gedenkstätte beenden!“

In der andauernden Diskussion um eine Gedenkstätte für die Opfer des faschistischen Holocaust in Berlin haben sich zwei Überlebende mit neuen Vorschlägen an die Öffentlichkeit gewandt. Die emeritierte Berliner Professorin Rosemarie Müller-Streisand schrieb Bürgermeister Diepgen:

„Als ‚rassisches Verfolgte‘, die mehr als zwanzig Angehörige in den Gaskammern verloren hat, halte ich mich für legitimiert, Ihnen und der Öffentlichkeit einen für alle annehmbaren Vorschlag zu unterbreiten, der die Diskussion um das geplante Holocaust-Denkmal zum positiven Abschluß bringen könnte. Ich schlage vor:

Sämtliche Straßen im geplanten Regierungsviertel in Berlin und solche Straßen, die auf dieses Viertel zulaufen, erhalten den Namen eines Konzentrationslagers. Es würde also zukünftig im Zentrum der deutschen Hauptstadt eine Auschwitzstraße, eine Buchenwaldstraße, eine Maidaneckstraße, eine Treblinkastraße, eine Dachaustraße, eine Flossenbürgstraße und eine Vielzahl anderer nach Konzentrationslagern benannter Straßen geben. So würden zugleich für den Vorschlag, sich dem Ausbau bereits vorhandener Gedenkstätten zuzuwenden, finanzielle Mittel frei ...“

Der Spanienkämpfer Fritz Teppich veröffentlichte einen weiteren Vorschlag:

„... Als Shoa-Überlebender, Berliner von Geburt, rufe ich wenige Tage vor meinem 80. Geburtstag einstige Opfer dazu auf, durch selbst zu verantwortendes und selbstfinanziertes Handeln dem Hin und Her ein Ende zu setzen.

Geeignetster Ort für ein solches, unverzüglich zu errichtendes Mahnmal ist dank Lage und Symbolkraft das Brandenburger Tor. Als Vorbild wird das Grab des unbekannten Soldaten in Paris dienen, dessen langanhaltende Ausstrahlung für sich spricht. In dem Grab unter dem Berliner Tor sind die sterblichen Überreste von fünf anonym bleibenden Rassistenopfern beizusetzen. Die Grabstätte ist abzudecken mit einer schlichten Metallplatte. Am Kopf eine ewige Flamme, die jährlich zeremoniell nachzuzünden ist. Darunter die Inschrift:

„Hier ruhen eine Jüdin, ein Jude, eine Roma, ein Sinti, ein wegen seiner Herkunft ermordetes Kind unbekannter Staatsangehörigkeit. Alle wurden gleichermaßen Opfer deutsch-staatlicher Rassenwillkür zwischen 1933 und 1945. Vergessen wäre Sünde!“

Shoa-Opfer und -Hinterbliebene rufe ich auf, diese ihre ureigene Sache ohne Zeitverlust in die Hände zu nehmen ...“



Antirassistische Demo in Erfurt am 21. März dieses Jahres gegen die Situation der Flüchtlinge in den Thüringer Großheimen

Gedenken und Antifaschistischer Ratschlag in Thüringen

„Gegen das Verdrängen! Zeit zum Handeln“

Von Angelo Lucifero

Am 7.11. demonstrierten in Erfurt mehr als 400 meist junge Erwachsene gegen Neofaschismus und Rassismus und gedachten an der Erfurter Synagoge und am Mahnmal der Opfer der Deportationen der Pogrome im Nazi-Deutschland. Aufgerufen hatte die Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus / Antirassismus Thüringen.

Zum Auftakt führte die Junge Gemeinde Jena am Willy-Brandt-Platz (Erfurter Bahnhof) ein einstündiges Straßentheater auf, das auf den Neofaschismus und die Gewalt heute aufmerksam machte.

Die Redner des Mahnganges (Peter Gingold, Verband der Deutschen in der Resistance; Manfred Mahr, Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer PolizistInnen und Frank Spieth, DGB-Landesbezirk Thüringen) riefen die BürgerInnen auf, die Erfahrungen der Vergangenheit nicht zu verdrängen, sondern diese als Verpflichtung für menschliches und zivilcourageiertes Handeln heute zu begreifen. Rassismus und Kriminalisierung von Minderheiten dürfe nicht schweigend hingenommen werden.

Frank Spieth wandte sich gegen den Versuch die Junge Gemeinde Jena zu kriminalisieren und AntifaschistInnen und GewerkschafterInnen durch den Verfassungsschutz zu bespitzeln und antifaschistische Aktionen zu spalten. In Thüringen werde man die langjährige Tradition von breiten Bündnissen gegen Rechts fortsetzen. Entscheidend sei nicht, ob jemand konservativ, links, auto-

nom oder christlich sei, sondern die Beiefschaft gegen Neofaschismus zu wirken und Minderheiten von Ausgrenzung und Gewalt zu schützen.

Antifaschistischer Ratschlag

Am anschließenden antirassistischen und antifaschistischen Ratschlag im Haus der Gewerkschaften Erfurt versammelten sich 250 AntifaschistInnen unterschiedlicher Provenienz, um in verschiedenen Foren die Situation zu analysieren und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. Zur Eröffnung des Ratschlasses solidarisierten sich die TeilnehmerInnen mit der gleichzeitig in Berlin gegen die Freilassung von Pinochet stattfindenden Demonstration.

Die SprecherInnen der LAG forderten die TeilnehmerInnen auf, durch ihr eigenes Handeln deutlich zu machen, daß das Gedenken an die Opfer des Nazi-Deutschlands Verpflichtung zum Handeln heute sei. Die TeilnehmerInnen verabschiedeten eine Resolution, die das Bundesjustizministerin der USA auffordert, Mumia Abu-Jamal, einem Opfer rassistischer Justiz, nicht hinzurichten, sondern das Gerichtsverfahren neu aufzunehmen.

Die Ergebnisse der Diskussionsforen werden in den kommenden Monaten Arbeitsgrundlage für die LAG Antifaschismus/Antirassismus sein. Sie wird

- gegen den alltäglichen Rassismus und Antisemitismus;
- für gleiche Rechte, gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern, für Einzelunterbringung und Abschiebestopp;

- gegen den Einzug von Rechtsextremisten in den Thüringer Landtag, gegen „national befreite Zonen“ und staatliche Tolerierung;
- gegen die Kriminalisierung und Beispitzelung von AntifaschistInnen wirken
- und Initiativen bei den lokalen Aktivitäten gegen Rechts, Rassismus und Ausgrenzung unterstützen.

Die Bundesregierung wurde aufgefordert das Asylrecht wiederherzustellen, den Nichtdeutschen gleiche Rechte geben und offensiv gegen Rassismus und Rechtsentwicklung zu wirken.

Weitere Informationen: Angelo Lucifer, Tel. 0361 6599899 und 0172 3605751 oder Julika Bürgin, Telefon-Nr. 0361 5961390, <http://www.dgb-bwt.com/>

Taxifahrer als „Schleuserkrimineller“

Nach Fernsehauftritt zur Fahndung ausgeschrieben

Am 11. November berichtete Stern TV über das Vorgehen des Bundesgrenzschutz gegen Zittauer Taxifahrer, denen das „Einschleusen von Ausländern“ (§ 92 Ausländergesetz) unterstellt wird. Als Betroffener nahm unter anderem der Zittauer Taxifahrer Andreas R. an einer Gesprächsrunde teil.

Andreas R. ist auf dem Hintergrund dieses Paragraphen rechtskräftig zu einer Haftstrafe von 1 Jahr ohne Bewährung verurteilt und wartet, nach der Ablehnung einer Verfassungsbeschwerde, bislang auf die Aufforderung zum Haftantritt. Am Freitag, den 13.11.1998, wurde Andreas R. zur Fahndung ausgeschrieben und am Sonntag vormittag aus seiner Wohnung heraus verhaftet. Offensichtlich soll Andreas R. an weiteren öffentlichen Auftritten gehindert werden. Gleichzeitig ist dies auch eine deutliche Warnung an alle anderen betroffenen Taxifahrer, sich nicht öffentlich kritisch zu den Methoden der Strafverfolgungsbehörden zu äußern. Mit allen Mitteln soll verhindert werden, dass die Beweiswürdigungspraxis und der darin erkennbare Verurteilungswille der Zittauer Amtsrichter Ronsdorf und Oltmanns sowie des Görlitzer ehemaligen Oberstaatsanwalts und jetzigen Berufungsrichters Joest an das Licht einer kritischen Öffentlichkeit gerät. Die regionale sächsische Justiz und der BGS wollen für ihre obskure Praxis keine öffentliche Aufmerksamkeit zulassen. Am 19.11.1998 findet eine weitere Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Görlitz gegen den Zittauer Taxifahrer Klaus W. statt, der zu der höchsten Freiheitsstrafe (2 Jahre und 2 Monate) in der 1. Instanz verurteilt worden ist. – Forschungsgesellschaft Flucht u. Migration: H. Glöde

BÜRGERBEGEHREN:

Hamburg. Nachdem am Tag der Bundestagswahlen der Volksentscheid über die Einführung von Bürgerbegehren auf Bezirksebene positiv entschieden wurde, sammeln jetzt bereits fünf Initiativen Unterschriften für ein Bürgerbegehren. Drei davon richten sich gegen die Einrichtung von Drogelhilfeinrichtungen in den Stadtteilen Billstedt, Hoheluft und Lokstedt, eine „Initiative Opferschutz statt Täterschutz“ richtet sich gegen die Einweisung straffällig gewordener Jugendlicher in eine offene Jugendwohnung zur Vermeidung von Untersuchungshaft, eine weitere will in Niendorf die Bebauung einer grünen Wiese.

„SCHULDENFALLE“: *München.* Die Initiative „München aus der Schuldensfalle“ hat mit 33.000 Unterschriften die formale Hürde für ein Bürgerbegehren über die zukünftige Haushaltspolitik der bayerischen Landeshauptstadt geschafft. Die Initiative wird u.a. unterstützt von der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, der Umweltorganisation „Green City“, der ÖDP und dem Bund Freier Bürger. Bündnis 90/Die Grünen haben nicht unterschrieben, weil sie die vorgeschlagenen Maßnahmen für nicht praktikabel halten. Die SPD ist ebenfalls skeptisch. Bürgermeister Monatzeder bemerkt zur Forderung nach Ursachenforschung: „Die Stadt weiß, warum sie pleite ist“, und nennt als Gründe vor allem die Bonner Wirtschafts- und Sozialpolitik, die mit der Massenarbeitslosigkeit die Sozialhilfeaufwendungen der Städte und Gemeinden explodieren ließ.

STÄDTE FORDERN REFORMEN: *Berlin.* Die Präsidentin des Deutschen Städetages (DST), Petra Roth (CDU), hat die Bundesregierung aufgefordert, Reformen anzugehen. Nach der Regel „wer bestellt, der zahlt“ müssten Bund und Länder auch die Finanzierung von ihnen beschlossener Gesetze sichern und dürften die Kommunen nicht weiter finanziell belasten. Da die Städte über die Sozialhilfe an den Kosten der Arbeitslosigkeit beteiligt seien, müsse der DST an den Gesprächen für ein Bündnis für Arbeit beteiligt werden ebenso wie an der angekündigten Bund-Länder-Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung. Sie forderte ferner eine deutliche Aussage zur Rolle der Städte und ihrer Stadtwerke im Energiewettbewerb.

STROMWETTBEWERB: *Köln.* Das Kölner Energieversorgungsunternehmen GEW verliert die Metro als Stromkunden an die Hamburger Elektrizitätswerke. Die Metro hat einen Stromverbrauch wie eine Stadt von 10.000 Einwohnern. Möglich wird dieser Wechsel durch das Energiewirtschaftsgesetz der Kohl-Regierung. Die GEW und andere Energiever-

sorgungsunternehmen kommen dadurch unter Druck, Großkunden noch günstigere Sondertarife anzubieten, um sie zu halten. Die Zeche werden die Tarifkunden zahlen müssen, die die „Quersubventionierung“ der Industrie mit höheren Tarifen finanzieren müssen.

VORKAUFSSRECHT FÜR KOMMUNEN:

Stuttgart. Die ÖTV Baden-Württemberg hat sich für den Fall des Verkaufs der Landesanteile der Energieversorgung Baden-Württemberg für ein Vorkaufsrecht der Kommunen ausgesprochen. „Es ist unabdingbar, daß die Stromversorgung im Südwesten durch ein eigenständiges baden-württembergisches Unternehmen gewährleistet bleibt,“ sagte der Landesvorsitzende Winterholler, „die Mehrheit des Aktienkapitals muß in öffentlicher Hand bleiben.“ Der Löwenanteil der Aktien liegt bereits heute in den Händen der Kommunen, das Land hält etwa 25 % des viertgrößten deutschen Energieversorgungsunternehmens.

KOMMUNALE EIGENBETRIEBE: *Luxemburg.* Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat die kommunalen Eigenbetriebe gestärkt. Am 10.11. entschied es, daß öffentliche Aufträge ohne Ausschreibung an Eigenbetriebe vergeben werden dürfen, soweit sie „im Allgemeininteresse liegen“. Hierzu gehören die Abfuhr des Hausmülls. Diese hatten die niederländischen Gemeinden Arnhem und Rheden an einen hierfür gegründeten Eigenbetrieb ohne Ausschreibung vergeben. Dagegen hatte ein privates Entsorgungsunternehmen geklagt. Der EuGH betonte, die EU-Richtlinie, die normalerweise eine Ausschreibung für öffentliche Dienstleistungsaufträge verlange, sehe Ausnahmen vor für Aufträge an Stellen, die ihrerseits öffentliche Auftraggeber sind. (Az.: C-360/96)

KINDERGARTENSTANDARDS: *Hannover.* Niedersachsen wird aus Spargründen die Standards für Kindergärten und Heime freigeben. Ministerpräsident Glogowski sagte nach der Kabinettsklausur zum Doppelhaushalt 1999/2000, das vereinfache die Verwaltung und ermögliche den Kommunen Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe.

MEHR LÄRM ERDULDEN: *Augsburg.* Der Augsburger Verwaltungsrechtler Birkel setzt sich mit einem Arbeitskreis der IHK dafür ein, daß in Bebauungsplänen eine gesetzliche Duldungspflicht für Lärm und andere störende Einflüsse verankert wird: „Nur so schaffen wir in Konfliktsituationen zwischen Wohnen und Arbeiten Planungssicherheit für Grundstückseigentümer und Unternehmer.“ Auf diese Weise könnte verhindert werden, daß viele Unternehmen auf die grüne Wiese zögen.

Zusammenstellung: ulj

MASSIVE TARIFABSЕНKUNGEN IN DER SCHWEINFURTER DIAKONIE

Seit September ist für die ungelernten und angelernten MitarbeiterInnen der Diakonie ein neues Tarifwerk gültig. Dadurch werden die Einkommen der untersten Einkommensgruppen bis zu 29% sinken – betroffen sind hier Beschäftigte in den Küchen und Wäschereien, im Haus- und Reinigungsdienst und vor allem Frauen. „Frauen als Kostenfaktor in der Diakonie – so bezeichnete die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD die Entscheidung der „Arbeitsrechtlichen Kommission des Diakonischen Werkes (ARK)“. „Wie glaubwürdig ist denn das Sozialpapier der Kirchen wenn eine Gruppe von Mitgliedern der ARK un- und angelernte MitarbeiterInnen als Spekuliermasse bei Tarifregelungen betrachtet. Diese Vorgehensweise ist Ausbeutung im klassischen Sinn“, heißt es im Papier der AfA weiter. Auch das Schweinfurter Frauenplenum beschäftigte sich bei seinem letzten Treffen mit den Vorgängen innerhalb der Diakonie Schweinfurt. In einem offenen Brief wandte es sich an die Verantwortlichen.

IG MEDIE: KRITIK AN KIRCHENLEITUNGEN – Die IG Medien, Landesbezirk Baden-Württemberg verurteilte in Pressemitteilung vom 10. November scharf das Verhalten der Kirchen gegenüber der Aktion Wandlerkirchenasyl:

Scharfe Kritik an der Rottenburger Kirchenleitung und Bischof Kasper sowie dem evangelischen Asylpfarrer Baumgarten wegen ihres vorgehens gegen das Wandlerkirchenasyl für 14 Kurdeninnen und kurden in Stuttgart üben Vertreter der IG Medien, der Gewerkschaft HBV und der Initiative kein mensch ist illegal. Dies sei ein unglaublicher Vorgang, sagte der Beauftragte der IG Medien Baden-Württemberg, Werner Pfennig. Daß dies auch noch am 60. Jahrestag der Reichspogromnacht geschah, zeige ein Übermaß an Geschichtslosigkeit und mangelnde Lernfähigkeit. Auch der evangelische Pfarrer Baumgarten, für Asylfragen zuständig, habe mit seiner öffentlich bekundeten Ablehnung des Wandlerkirchenasyls dem Innenministerium und der Polizei noch ein Alibi zum Eingreifen gegeben, das offenbar für Montagabend geplant war. Ein Vertreter des Innenministeriums habe sich ausdrücklich darauf berufen, sagte Pfennig.

ADTRANZ: Belegschaft und Betriebsrat gegen Massenentlassungen. Betriebsrat und Geschäftsleitung von Adtranz Deutschland stehen derzeit in Verhandlungen um einen Interessenausgleich. Die gesetzliche Frist der zweimonatigen Verhandlungen läuft am 20. Dezember aus. Dann kann der Unternehmer einseitig seine Maßnahmen durchziehen, wenn es nicht zur Einigung kommt. Es geht bundesweit um die Beseitigung von 1400 Ar-



beitsplätzen, davon in Mannheim alleine 200. Auf der Betriebsversammlung am 16. November wurde unten stehende Resolution verabschiedet. Sie sind der inhaltliche Kern eines Gegenkonzeptes, das demnächst vorgelegt wird. Statt Entlassungen will der Betriebsrat u.a. eine Absenkung der Arbeitszeit für alle gemäß dem Beschäftigungssicherungstarifvertrag. Die Betriebsversammlung wurde unterbrochen, damit die Resolution den vor den Werkstoren wartenden Medienvertretern überreicht werden konnte. Die 450 Teilnehmer der Betriebsversammlung nutzten die Gelegenheit für eine Demonstration zum Werksausgang. Dort sprachen dann nochmals der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende, Johannes Hauber, und Wolfgang Katzmarek vom Betriebsrat Boehringer. Er sprach den Beschäftigten Mut zu, und gab ihnen die Erfahrung der Beschäftigten von Boehringer mit auf den Weg: „Es lohnt, sich einzumischen!“ (scr)

SVEDALA-SCHOLTZ IN WANDSBEK: Massenentlassungen trotz schwarzer Zahlen – Überstunden und schwarze Zahlen bei der Förderband-Fabrik Svedala-Scholtz GmbH in Hamburg-Wandsbek. Dennoch wirft sie den Besitzern offensichtlich nicht mehr genug Profit ab. Von 650 auf 150 Beschäftigte ist die Belegschaft in den letzten 15 Jahren schon zusammengeschrumpft worden. Jetzt sollen nochmal 70 Leute fliegen, eine Stilllegung auf Raten. Hierzu erreichte uns folgende Zuschrift: Außerordentliche Betriebsversammlung am Montag, den 28. September 98. Ein Fax von der Konzernleitung aus Malmö wird verlesen: „Die Gesellschafter der Svedala Industri AB beschließen, die Stahlseilgurtfertigung schnellstmöglich einzustellen.“ Das heißt, daß die Hallen D und E stillgelegt werden und durch weniger Produktion 50 Arbeitsplätze betroffen sind. Jahrzehntelang dort arbeitende Fachkräfte sollen auf die Straße gesetzt werden. Drei Wochen später, am Mittwoch, den 20. Oktober 98 die zweite außerordentliche Betriebsversammlung mit der Mitteilung: „Die Gesellschafter Svedala Industri AB beschließen, die Ar-

beit in der Mischerei schnellstmöglich einzustellen.“ Damit sind weitere 20 Arbeitsplätze betroffen und die Arbeitsplatzvernichtung erhöht sich auf 70 Kollegen. Das bedeutet eine Halbierung des Förderbandbetriebes sowie die Abhängigkeit von Rohproduktzulieferungen.

Die Kollegen sind sauer und schwanken zwischen Wut und Fatalismus. Der Betriebsrat prüft, schreibt Briefe nach Malmö, schaltete die Gewerkschaft IG Bergbau-Chemie-Energie und einen Rechtsanwalt zur Interessenwahrung ein. Nach der Ankündigung, auch den Mischereibetrieb einzustellen, beschließt er die Einstellung aller Überstunden.

Die Firma Conrad Scholtz bestand 100 Jahre. Ein Kautschukspezialist für Förderbänder im Bergbau, in Landwirtschaft und Industrie. Nach dem Mißmanagement in den frühen 80er Jahren wurde sie an die finnische Firma Nokia verkauft. Diese stieß sie nach 5 Jahren an den schwedischen Kautschukkonzern Trelleborg ab. Inzwischen wurde die Belegschaft kräftig dezimiert. Die AG wurde in eine GmbH umgewandelt, Grundstücke wurden verkauft, Betriebsrenten gestoppt. Die Niederlassungen Hamburg, Wattenscheid und Mannheim wurden abgekoppelt. Was folgte, war die Verlagerung ganzer Produktionslinien nach Trelleborg Kongsvinger, die Auslagerung der Reinigung, Pförtnerei und Kantine auf Fremdfirmen. Die Stammbelegschaft schrumpft von 650 auf 150 Beschäftigte. Die Namen wechseln wie die Hemden: C. Scholtz AG, Scholtz GmbH, Trellex Scholz GmbH, Balatros Scholtz GmbH, Svedala Scholz GmbH heute. Die Rabenmutter mit 1100 Lohnabhängigen weltweit sitzt in Malmö.

Die Branche boomt, weshalb seit dem Betriebsurlaub 1997ständig Überstunden angesetzt werden, die 50 Stunden-Woche bei 3 Schichten zur Produktionsauslastung ist die Regel. Auch ohne den bisherigen Hauptkunden Rheinbraun, d.h. also auch ohne Garzweiler II, wäre der Betrieb weiterhin ausgelastet. Deshalb ist es allen Beschäftigten unverständlich, daß ein Betrieb, der schwarze Zahlen schreibt, jetzt die Hälfte der Belegschaft in die Arbeitslosigkeit entläßt.

Betriebsräte aus Brasilien, USA und Deutschland an einem Tisch

Die „Mega-Hochzeit“ zwischen Daimler/Benz und Chrysler zur „ersten deutsch dominierten Weltaktiengesellschaft“ macht internationale Solidarität der in diesem Riesenkonzern Beschäftigten notwendiger denn je. Als Beitrag hierzu organisierte der Arbeitskreis Internationale Solidarität beim DGB Kreis Mannheim ein Zusammentreffen mit je zwei GewerkschafterInnen von Chrysler Detroit und von Mercedes Benz do Brasil. In diesem Rahmen fand auch ein Informations- und Diskussionsabend im Gewerkschaftshaus statt, über dem wir hier berichten möchten.

Brasilien: Weltmarktoffnung – „es fielen alle Schranken“ – Für Walter de Souza Filho, Prozeßtechniker in der Achsfertigung des LKW-Werkes von Mercedes in São Bernardo und neu gewählter Betriebsrat, ist die Öffnungspolitik der brasilianischen Regierung seit Beginn der 90er Jahre Ausgangspunkt für die Probleme, mit denen er und seine KollegInnen zu kämpfen haben. Folge war ein massiver Umstrukturierungsprozeß in der Fertigung, ein „Schockzustand“. „Es fielen alle Schranken“. So kündigte VW do Brasil die Eröffnung einer Nutzfahrzeugeproduktion in einer „fraktalen Fabrik“ an. Es sollten die gleichen Stückzahlen wie in São Bernardo produziert werden (ca 44.000), jedoch mit einer deutlich geringeren Belegschaftsstärke, nämlich 1.800 ArbeitnehmerInnen.

Geschäftsleitung und Betriebsrat nahmen unter diesem Eindruck Verhandlungen über Personalabbau auf, begleitet von Streiks und Protesten. Nach zwei Streikwochen wurde 1994 eine Vereinbarung über ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei Fremdvergabe (outsourcing) geschlossen, sowie zu Fertigungs-Centers und Gruppenarbeit.

Permanenter Kampf – Als 1995 die Zertifizierung nach ISO 9000 erfolgte, verlangten die Beschäftigten eine finanzielle Anerkennung für die erzielten Qualifikations- und Produktivitätssteigerungen. In diese Situation platze der Vorstand am 25.9.95 mit der Ankündigung, in São Bernardo 1.300 Beschäftigte entlassen zu wollen, da die Absatzlage sehr schlecht geworden sei. Man müsse jetzt endlich handeln; die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat sei zu langwierig.

Ein Streik von neun Tagen erreichte immerhin die Rücknahme von 300 Kündigungen sowie die Zahlung von Abfindungen und die Einhaltung des Kündigungsschutzes für ältere und unkündbare KollegInnen. 1996 gelang der Abschluß einer Vereinbarung über Arbeitsplatzsicherung. Die Arbeitszeit wurde für die Montagewerke per Tarifvertrag von 44 auf 42 Stunden gesenkt.

All diese Vereinbarungen waren jeweils auch mit Zugeständnissen der Be-

legschaft verbunden, z.B. Verteuerung der Werksbusse und der Kantinenpreise. Und dennoch mußte die Durchsetzung der getroffenen Vereinbarungen dann auch erst wieder erkämpft werden. Die Unzufriedenheit hierüber veranlaßte die Belegschaft 1996/97 zu einer erneuten Mobilisierung, jedoch in bisher ungekannter Form:

„Kinder-Überraschungseier-Aktionen“ – Aufgrund der schlechten Absatzlage auf dem Nutzfahrzeugmarkt sah die CUT-Gewerkschaft von Streiks ab. Sie entwickelte statt dessen eine Politik fortwährender Nadelstiche oder – wie es der Werkleiter bald nannte – die „Kinder-Überraschungseier-Aktion“: Kurzfristig und jeweils nur für kurze Zeit wurden unterschiedlichste Schwerpunkte für „störende“ Betriebsaktionen festgelegt. Bis kurz vor Aktionsbeginn wußten selbst die Betroffenen nicht, daß sie jetzt dran waren. Gewerkschaft und Betriebsräten kam für die Planung der Aktionen die genaue Kenntnis der Produktion, ihrer schwachen Punkte und Empfindlichkeiten zugute. Diese Aktionsform fand große Unterstützung in der Belegschaft. Als nach 30 Tagen immer noch kein Nachgeben der Geschäftsleitung zu verzeichnen war, wurde die Aktion in einer großen Betriebsversammlung – vor den Fabrikatoren, wie das in Brasilien üblich und nicht anders möglich ist – gebilligt. Die Versammlung beschloß Fortsetzung. Nach weiteren 15 Tagen konnten dann Ergebnisse erzielt werden: Eine Gewinnbeteiligung wurde zugebilligt; die Lohnstruktur zu Gunsten von Gießerei-, Rohbau- und Endmontage-ArbeiterInnen verändert. Außerdem wurde die Einstellung von 400 Arbeitskräften beschlossen.

Arbeitssicherheit im Blickpunkt – Ein neues Problem tauchte auf: Zwischen Juli 1997 und März 1998 kam es zu einer Serie schwerer Arbeitsunfälle; fünf Arbeitnehmer kamen dabei ums Leben. Für den Betriebsrat gibt es keinen Zweifel, worin hierfür die Ursache liegt: Zunahme des Stress und Verkürzung der Taktzeiten.

Der Betriebsrat stellte als Konsequenz folgende Forderungen auf, die bis Ende diesen Monats abgearbeitet werden sollen:

- Die Arbeitssicherheit muß wieder in den Mittelpunkt gerückt werden.
- Die Struktur der Arbeitssicherheitsabteilung und der Sicherheitsbeauftragten muß erneuert werden.
- Die Sicherheitsbeauftragten sollen mehr Autonomie bei Erledigung ihrer Aufgaben erhalten.
- Die Fremdfirmen (einer der Toten war von einer solchen Firma) müssen stärker kontrolliert werden.

Und die Mega-Hochzeit? – „Wir wissen aus Erfahrung, daß so etwas Arbeitsplätze kostet.“ Direkte Konkurrenz be-

fürchten die Kollegen zunächst nicht. Chrysler hat in Brasilien nach Jahren der Abwesenheit die Produktion erst wieder mit dem PickUp „Dacota“ aufgenommen und hat damit Absatzprobleme. In der letzten Zeit haben Chrysler und Daimler-Benz je ein neues Werk in Brasilien errichtet. „Diese Werke würden jetzt nicht mehr gebaut werden.“

Es wird also eng. Von politischer Seite erwarten die Kollegen wenig Unterstützung. Die Provinzen und Kommunen liefern sich untereinander seit Jahren einen „Angebotskrieg“: Wer macht für die internationalen Konzerne das beste Subventionsangebot. All diese Angebote sind jedoch keineswegs mit Sicherheiten für die ArbeitnehmerInnen verbunden. Es gibt keine Beschäftigungsgarantien.

Was die brasilianische Bundesregierung betrifft, vermissen die Betriebsräte so etwas wie „Industriepolitik“. Der im September wiedergewählte Präsident Cardoso hat sich mit einer Kapitalflucht von 40 Mrd. US\$ auseinanderzusetzen. Kreditwünsche beim IWF werden mit Forderungen nach Einsparungen von 26 Mrd. US\$ quittiert; das entspricht die Höhe des gesamten Gesundheits- und Bildungsetats. Die Betriebsräte halten die brasilianische Währung für überbewertet, der Export werde dadurch kaputt gemacht. Die Zinsen seien zu hoch, wodurch das Investitionsklima und damit die Beschäftigung in Mitleidenschaft gezogen seien.

USA / Chrysler: „Jetzt wird uns das brasilianische Modell vorgehalten“ – Amy Bromsen, seit 1993 Elektrikerin bei Chrysler in Detroit, sinniert: „Was soll man auf so einer Versammlung sagen? Es besteht die Gefahr, daß alle das gleiche sagen“. In der Tat: Die Erfahrungsberichte von Chrysler könnten auch aus Europa oder eben Brasilien stammen. Beispiel: Die letzten 20 Jahre hieß es „Japan! KAIZEN!“ Konzepte wurden wie die Hemden gewechselt. Vor 10 Jahren gab es das erste Team-Konzept, „Chrysler Operation System“: Flexibilisierung der Arbeitsregeln und Arbeitszeiten. Seit 1991: „Lean Production“. Statt 48 Autos pro Stunde mit 4.500 Beschäftigten nun 88 Autos („Cherokee-Jeep“, der teuerste von Chrysler) mit 1.500 Leuten. Outsourcing bis nach Mexico. „Jetzt wird uns das brasilianische Modell vorgehalten, weil dort die Fertigungstiefe viel geringer ist.“

„You loose in bad times and in good times“ – „Du verlierst in schlechten wie in guten Zeiten“ faßt Bill Parker, seit 1974 Montagearbeiter bei Chrysler Detroit, zusammen. In schlechten Zeiten: Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten, Outsourcing, Arbeitsplatzvernichtung, Schwächung der Gewerkschaften. In guten Zeiten: Investitionen in Rationalisierungsvorhaben und damit wiederum Ar-

beitsplatzverluste. Die Fusion wird von der Gewerkschaft UAW, deren Local 1700 die beiden Detroiter angehören, sehr skeptisch betrachtet. Während Chrysler von der „Fusion zweier Gleicher“ rede, sei sich die Presse einig: Die „Mega-Hochzeit“ ist keine Fusion sondern eine Übernahme. Man fürchtet eine für den Standort Detroit negative Investitionslenkung. Insbesondere herrsche diese Furcht bei den Afroamerikanern in Detroit vor, die in den letzten Jahren durch die „diversity“-Politik (Vielfalt) der Bürgerrechts- und Arbeiterbewegung überhaupt erst einen ordentlichen Arbeitsplatz erhalten haben.

„Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der IG Metall“ – Fast überschwänglich äußern sich die Kollegin und der Kollege aus Detroit zu ihren Erwartungen hinsichtlich der durch die Fusion in greifbare Nähe gerückte Zusammenarbeit zwischen der UAW und der IG Metall. Sie schätzen die IGM als sehr „kämpferisch“ ein; wobei es ihr nicht nur um die Löhne gehe. Sie loben deshalb die IGM als eine „social union“, eine Gewerkschaft, die alle sozialen Belange vertrete. Immerhin hatte die internationale Delegation vom amerikanischen Kontinent Gelegenheit, das Benz-Werk Mannheim zu besichtigen und eine Unterredung mit dem 2. Bevollmächtigten der IGM zu führen. Solche Kontakte waren in der Vergangenheit nur Wunschtraum geblieben.

Amy konkretisiert an einem Beispiel, was sie unter gewerkschaftlicher Solidarität über Ländergrenzen hinweg versteht: Während des GM-Streiks in diesem Sommer in Flint (Michigan) gegen Produktionsverlagerungen nach Ohio und nach Kanada half die kanadische Gewerkschaft mit einem Boykott gegen Streikbrecherware in der Endmontage. Der Streik war bekanntlich erfolgreich.

Kodex gegen Standortkonkurrenz – Auf die Diskussionsfrage, welche Ideen es bei der UAM zur internationalen Zusammenarbeit, äußert sich Bill dann etwas nüchtern: Er glaube hier nicht an schnelle Erfolge. Die Standortkonkurrenz sei ein großes Problem. So gebe es innerhalb der USA eine Erosion der vor 40 Jahren geschlossenen tariflichen Rahmenabkommen für die „großen Drei“ (GM, Ford, Chrysler). Jetzt dominierten (nicht nur in den USA) die örtlichen Vereinbarungen. Zur Eindämmung der internationalen Standort-Konkurrenz nennt Bill dann drei in seinen Augen wichtige Prinzipien:

- Respekt vor den nationalen Eigenheiten (unterschiedliche Ziele und Forderungen etc.).
 - Leitphilosophie soll sein, die Standorte auf das jeweils beste Niveau zu heben (Angleichung nach oben).
 - Standfestigkeit gegenüber allen Bemühungen der Globalisierer, Standorte gegeneinander auszuspielen. Dabei Lernen von den Gewerkschaften anderer Länder.
- (tht)



Kurdistan-Solidarität

Rundreise mit KESK-Gewerkschaftern erfolgreich gestartet

Seit dem 29. Oktober sind 3 Gewerkschaftsvertreter aus Diyarbakir, dem kurdischen Gebiet der Türkei, in der BRD zu Besuch.

Mehmet Iskitas ist Vorsitzender von Haber-Sen Diyarbakir (Gewerkschaft für Telekommunikation und Postwesen). Bis September war im KESK-Vorstand der Türkei. Derzeit ist er auch Sprecher der Demokratischen Plattform Diyarbakir, in der 38 demokratische und oppositionelle Gewerkschaften und Organisationen zusammengeschlossen sind. Celalettin Birtane ist Vorsitzender von EnerjiYapi-Yol Diyarbakir (Gewerkschaft für Energiewirtschaft und Straßenbau). Er ist Mitglied des Hauptausschusses von KESK Türkei. Sefik Türk ist Vorstandsmitglied von Egitm-Sen (Erziehungsgewerkschaft). Sie folgen einer Einladung der DGB-KVs Rhein-Neckar und Mittelbaden, des GEW-Landesverbandes Bayern, des DGB Hamburg, der ÖTV Hamburg und der HBV Hamburg.

Bisher führten sie Gespräche mit den Bundestagsabgeordneten Dr. Winfried Wolf (PDS) und Andrea Nahles (SPD), mit Gewerkschaftern und Betriebsräten in Mannheim, mit dem DGB Rhein-Neckar (Heidelberg), dem DGB Mittelbaden (Karlsruhe), der GEW Karlsruhe, der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen München und der bayerischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, dem Landesverband der GEW Bayern, dem DGB, der HBV und der

ÖTV Hamburg, der GEW, HBV, IG Metall, IG Medien, DGB sowie dem Beamtenbund in Berlin. Besucht wurden die Zentralstelle der Roma und Sinti in Heidelberg sowie die Gedenkstätte Buchenwald. Beim Erscheinen dieser Ausgabe werden sie in Frankfurt bei der GEW und in Bonn Termine bei Bündnis 90/Die Grünen wahrnehmen.

In Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, München und Hamburg fanden mit unterschiedlicher Beteiligung Veranstaltungen statt. In Hamburg spendeten dabei die 770 Gäste der Veranstaltung 7.500 DM zur Unterstützung der weiteren Arbeit von KESK.

Die kurdischen Gäste berichten über die Arbeit des Dachverbandes KESK, der in der Türkei 500.000 Mitglieder im Bereich des Öffentlichen Dienstes organisiert hat. KESK ist der zweitgrößte gewerkschaftliche Dachverband der Türkei. 30 Prozent der Mitglieder von KESK sind Frauen. Ebenfalls ein Novum für die Türkei ist, daß der stellvertretende Vorsitz von KESK von einer Frau besetzt wird. Alle gewerkschaftlichen Aktivitäten und Funktionärstätigkeiten von KESK und seinen 22 Mitgliedsgewerkschaften werden ehrenamtlich ausgeführt. KESK kämpft für Streikrecht und Tarifautonomie und will entsprechend der internationalen Vereinbarungen der ILO offiziell als Verhandlungspartner anerkannt werden. Die Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Arbeit werden an folgendem Beispiel deutlich: Vom Staats-



Foto links: Veranstaltung in Hamburg. Mitte: Empfang beim DGB in Heidelberg. Rechts: Besuch in der Gedenkstätte Buchenwald.



haushalt der Türkei werden 40 Prozent für den Krieg ausgegeben, weitere 40 Prozent für die Tilgung der Auslandschulden. Es bleiben also nur 20 Prozent für mehr als 60 Millionen Menschen übrig. Davon werden 2,5 Prozent für Gesundheit und drei Prozent für Bildung einschließlich der Löhne und Gehälter bereitgestellt. Das öffentliche Leben in der Türkei wird durch die Kriegs- und Schuldenwirtschaft bestimmt. Ohne einen radikalen Wandel der Politik der Türkei kann keine Verbesserung der Lebensbedingungen der türkischen und kurdischen Werktätigen erreicht werden. Voraussetzung dazu ist die Beendigung des Krieges gegen die kurdische Bevölkerung. KESK versteht sich daher als Opposition für Frieden und die Demokratisierung der Türkei. In ihrer Satzung betont KESK die Notwendigkeit des friedlichen und gleichberechtigten Zusam-

menlebens der Völker der Türkei auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts.

Gewerkschaftsarbeit bedeutet, mit der Verfolgung durch die türkischen Sicherheitskräfte zu leben. Bis vor zwei Jahren wurden aktive Gewerkschaftskollegen in den kurdischen Gebieten ermordet. Kein einziger Mord wurde bisher aufgeklärt. Jetzt hat der Ausnahmezustandsgouverneur von Diyarbakir zu anderen Mitteln gegriffen. Die aktiven Gewerkschaftsmitglieder und besonders die Vorstandsmitglieder werden verbannt, d.h. sie werden an hunderte von Kilometern entfernte Orte in den Westen der Türkei bis hoch an die griechische oder bulgarische Grenze versetzt. Diese Orte zeichnen sich meist durch einen hohen Organisationsanteil fundamentalistischer oder faschistischer Gruppierungen aus. Eine Berufsausübung oder Gewerkschaftstätig-

keit in den Ausnahmezustandsgebieten wird den verbannten Kolleginnen und Kollegen untersagt. Gegen die Verbanungspraxis wollen jetzt Kreisverbände der GEW aktiv werden. Das ist ein erstes Ergebnis der Gespräche hier. In Heidelberg haben DGB, ÖTV und HBV in einer Erklärung von dem örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten gefordert, sich für eine Änderung der Koalitionsvereinbarung der neuen Regierung einzusetzen: Waffenlieferungen an die Türkei sollen an die Einhaltung der Menschenrechte gekoppelt werden. Eine regelmäßiger Informationsaustausch und eine schnelle Unterrichtung für Notfälle soll zwischen den Gewerkschaftsgliederungen hier und KESK in Diyarbakir aufgebaut werden. Die KESK-Delegation sprach Einladungen zu Newroz, den Kommunalwahlen und zum Antikriegstag nach Diyarbakir aus.

(rub)

Resolution des DGB-Kreisvorstand Hamburg

Nach den Gesprächen zwischen den Vertretern des türkischen Gewerkschaftsverbandes KESK aus Diyarbakir (Türkei/Kurdistan) und den Vorsitzenden der HBV und GEW, dem 2. Vorsitzenden der ÖTV sowie dem DGB-Vorsitzenden Erhard Pumm beschloß der DGB-Kreisvorstand Hamburg am 10.11.1998 folgende Resolution:

„Der DGB Kreis Hamburg hat am 9.11.1998 drei Gewerkschafter von den KESK-Gewerkschaften (Dachverband der türkischen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst) aus Diyarbakir/Türkei zu einem Meinungsaustausch empfangen.“

Die Gewerkschafter informierten über die Strukturen und Arbeit von KESK sowie über die Arbeits- und Lebensbedin-

gungen in der Türkei. Hierbei gingen sie besonders auf die nachfolgenden drei Bereiche ein:

1.) Einschränkung bzw. Verhinderung der gewerkschaftlichen Arbeit von KESK. U.a. erkennt der Staat sie nicht als Tarifpartei an, obwohl die KESK-Gewerkschaften ca. 500.000 Mitglieder haben. Hier wird die ILO-Charta, wo die gewerkschaftlichen Rechte geregelt sind, nicht umgesetzt. Die in der türkischen Verfassung verankerten Rechte werden ignoriert.

2.) Der Krieg im Osten des Landes verhindert die menschenrechtliche und wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei. Die Last des Krieges tragen besonders die Arbeitnehmer. Hierbei spielt es keine Rolle, ob sie Türken oder Kurden sind. Große Ressourcen des Landes gehen in Militärausgaben.

3.) Sie erleben sehr oft Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Folter.

Sie fordern deshalb vom türkischen Staat:

- freie Entfaltung der gewerkschaftlichen Arbeit von KESK;
- Einhaltung der in der Verfassung verankerten gewerkschaftlichen Rechte;
- Umsetzung des ILO-Abkommens;
- Anerkennung der KESK-Gewerkschaften als Tarifvertragspartei;
- Beendigung der willkürlichen Versetzung der Gewerkschafter;
- Beendigung des Krieges in der Ost-Türkei;
- keine militärische Unterstützung der Türkei

Der DGB-Kreis Hamburg unterstützt die Forderungen der Kollegen von KESK in ihrem Kampf für Gewerkschafts- und Menschenrechte. Über den Besuch der drei Kollegen werden wir dem Bundesvorstand berichten mit dem Ziel, diese Forderungen bei der türkischen und der deutschen Regierung vorzubringen.“ •

Beschluß des Parteivorstandes vom 16. November 1998
Antrag an den Bundesparteitag der PDS

Organisation einer programmatischen Debatte in der PDS

Nach den Entwicklungen der vergangenen Jahre steht die PDS vor der Aufgabe, ihr programmatisches Selbstverständnis als sozialistische Partei in Deutschland links von der Sozialdemokratie zu profilieren. Die Frage, ob zu diesem Zweck das geltende Parteiprogramm der PDS vom Januar 1993 überarbeitet oder insgesamt neu formuliert werden soll, ist in der PDS nicht umfassend diskutiert. Eine Antwort auf diese Frage kann und darf nicht vorweggenommen, sondern muß konsensorientiert erarbeitet werden. Der Parteivorstand selbst geht jedoch davon aus, daß eine Reihe gesellschaftspolitischer und für das programmatische Profil der PDS entscheidende Diskurse aufgegriffen und in der weiteren Programmdiskussion berücksichtigt werden sollten. Darunter insbesondere die Themen:

- Globalisierung, tiefgreifende Umbrüche in den Weltwirtschaftsverhältnissen und internationalen Finanzbeziehungen, Kapitalinteressen und Konsequenzen für linke Politik;
- Umbrüche im System der Arbeit und die Erneuerung sozialer Sicherungssysteme;
- Nachhaltigkeit, die Veränderungen in der Produktions- und Lebensweise und die neuen Ansätze für linke Politik;
- Demokratisierung der Demokratie und Repolitisierung der Gesellschaft;
- Moderne Mediengesellschaft, Kultur- und Wertewandel;
- Entwicklung der Europäischen Union.

Insgesamt sollten die Eckpunkte und der innere Zusammenhang einer linken Reformalternative genauer als im gegenwärtigen Programm der PDS formuliert werden. Dies schließt ein, die bisherige Debatte zum gescheiterten Sozialismusversuch auszuwerten und unsere Positionen dazu genauer zu bestimmen.

Der Parteivorstand schlägt daher dem Parteitag vor, zu beschließen:

1. Der Parteitag beruft eine Programmkommission mit 16 Mitgliedern. Der Kommission sollten angehören:
– 8 Vertreterinnen und Vertreter, die vom

neu gewählten Parteivorstand benannt werden,

- darunter der Bundesvorsitzende und der Bundesgeschäftsführer
- ein/e Vertreter/in der Kommunistischen Plattform
- ein/e Vertreter/in des Marxistischen Forums
- eine Vertreterin der Frauenarbeitsgemeinschaft Lisa
- ein/e Vertreter/in der Jugendstrukturen in und bei der PDS
- zwei Vertreterinnen/Vertreter für die Landesverbände der PDS in den westlichen Bundesländern (mindestens eine von ihnen weiblich), zu bestätigen gemeinsam von Parteivorstand und Parteirat
- Dr. sc. Bernd Ihme und Tanja Behrend als Sekretär bzw. Sekretärin der Kommission.

2. Die entsprechenden Arbeitsgemeinschaften und Plattformen etc. werden gebeten, in Absprache miteinander die notwendige Mindestquotierung zu gewährleisten.

3. Die Programmkommission erarbeitet und beschließt bis zum 30. Juni 1999 einen Standpunkt zum Umfang der Programmdebatte der PDS und veröffentlicht ihn im "Pressedienst".

4. Die Programmkommission legt bis zum 31. Oktober 1999 Thesen (Standpunkte, Problemstellungen, Fragen) für die Diskussion in der PDS vor und organisiert gemeinsam mit dem Parteivorstand den notwendigen basisdemokratischen und öffentlichen Diskussionsprozeß.

5. Die Programmkommission arbeitet im gesamten Diskussionsprozeß mit der Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS, der parteinahen Stiftung und mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammen.

6. Auf der Grundlage der Thesen- und Programmdiskussion erarbeitet die Programmkommission bis zum Sommer 2000 einen überarbeiteten oder neuen Programmentwurf und legt ihn nach Bestätigung durch den Parteivorstand der PDS-Basis und der interessierten Öffentlichkeit zur Diskussion vor. Eine auf der Grundlage dieser Debatte überarbeitete Fassung würde auf einem Programmparteitag im ersten Halbjahr 2001 entschieden werden können.

Regionalkonferenzen der West-PDS

PDS will Westverbände fördern / Bisky für plurale Programmdebatte / Bartsch: mehr landespolitische Kompetenz

Vor PDS-Vertretern aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein sprach sich in Hannover der Parteivorsitzende Lothar Bisky für eine offene Diskussion über das Parteiprogramm aus. Eine breite Debatte könne die PDS nur stärken, so Bisky. Bedenken einiger Teilnehmer, daß auf dem Januar-Parteitag in Berlin die PDS ihr Bad Godesberg erleben werde, wies der Parteichef zurück. Die PDS müsse als sozialistische Partei erkennbar bleiben. Dennoch stelle sich die Frage, welche strategischen Ziele die Partei umsetzen wolle und welche Wege dahin führen.

Im Hinblick auf die parteiinterne Diskussion über ein neues Programm erklärte Bisky, Pluralität sei bei dieser Debatte nützlich. „Blockade führt dagegen zum Stillstand“, so der Parteivorsitzende. Außerdem müsse die Diskussion nicht unter Zeitdruck geführt werden. „Dann kann das Parteiprogramm eine Art Kitt sein, der die Partei zusammenhält.“ Schließlich seien die Erfahrungen in Ost und West sehr unterschiedlich.

Auf der Regionalkonferenz West in Düsseldorf forderte Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, die PDS solle im Westen landes- und kommunalpolitische Kompetenz entwickeln. Das Bundestagswahlergebnis von 5,1 Prozent sei ein guter Ausgangspunkt für den weiteren Weg der Partei nach oben. Bei den Kommunalwahlen im Westen sollte sich die PDS auf Schwerpunkte konzentrieren, sagte Bartsch. Er versprach ein Fördermodell für Projekte westlicher Landesverbände. Dafür soll ein Fonds zur finanziellen Unterstützung gebildet werden. Sprecher der drei Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland räumten ein, das Bundestagswahlziel – die Stimmenzahl gegenüber 1994 zu verdoppeln – nicht erreicht zu haben. Die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzter aus Köln nannte als einen Grund das taktische Verhalten alternativer Wähler. Ein Teil möglicher PDS-Sympathisanten habe SPD oder Grüne gewählt, um die Regierung Kohl abzulösen. Andere Redner wiesen auf Strukturschwächen in ihren Landesverbänden hin. So gibt es unter den 17 Millionen Einwohnern Nordrhein-Westfalens nur 800 PDS-Mitglieder.

Am kommenden Wochenende findet in Frankfurt (Main) eine dritte Regionalkonferenz für die PDS-Landesverbände Bayern, Hessen und Baden-Württemberg statt.

Pressemitteilung der PDS-Online.
<http://www.pds-online.de>

Viel Lärm um nichts bei der Reform des Arbeitsrechts

Die Korrektur unsozialer und arbeitnehmerfeindlicher Verschlechterungen im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts war eine der Hauptforderungen, mit denen die neuen Regierungsparteien ihren Wahlkampf geführt und gewonnen haben. Der Gesetzentwurf aus dem Arbeitsministerium liegt vor und soll zum 1.1.99 (zusammen mit flankierenden Maßnahmen aus dem Bereich der Steuerreform) in Kraft treten, nachdem die Neuregelung der 620-DM-Jobs aus dem Gesetzesvorhaben herausgelöst wurde

Das Mediengesetze um die „geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse“ hat in der Berichterstattung die anderen Punkte des Artikelgesetzes („... zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte“) in den Hintergrund gedrängt. Zuerst die guten Nachrichten:

- Das Kündigungsschutzgesetz gilt wieder in Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten (bisher: 10).
- Die Einschränkungen bei der Sozialauswahl im Fall betriebsbedingter Kündigungen, wonach etwa Chancen auf dem Arbeitsmarkt oder Schwerbehinderung nicht mehr berücksichtigt werden sollten, werden teilweise zurückgenommen.
- Befristungsregelungen in § 113 Betriebsverfassungsgesetz, die bei Sozialplanverhandlungen die betroffenen Betriebsräte erheblich unter Zeitdruck gesetzt hatten, werden gestrichen.
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt es wieder zu 100% (bisher 80% so weit nicht Einzel- oder Tarifverträge nicht ohnehin die 100% garantiert hatten).
- Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (Sicherung der tariflichen Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen in der Bauindustrie auch für ausländische Bauarbeiter) wird verbessert und seine Geltung über 1999 hinaus festgelegt.
- Durch eine Änderung des Vierten Buches des Sozialgesetzbuchs („Gemeinsame Vorschriften“) sollen zukünftig scheinselbständige Arbeitnehmer der Sozialversicherungspflicht unterworfen werden

Hoffnungen – vor allem aus den Betrieben und den Gewerkschaften – die neue Bundesregierung werde Ernst machen mit einer Stärkung sozialer Schutzrechte und dafür im Zweifel auch den Streit mit dem Kapital suchen – scheinen sich zu bewahrheiten. Eine genauere Analyse des Entwurfs, bestätigt diese Hoffnung allerdings nicht, was sich vor allem daran zeigt, welche Zumutungen, die die Kohl-Regierung noch durchge-

setzt hatte, unverändert beibehalten werden.

Im Bereich des Kündigungsschutzes gilt zwar wieder die alte Kleinbetriebsklausel wonach nur in Betrieben mit fünf und weniger Beschäftigten grundlos gekündigt werden darf. Allerdings werden Teilzeitbeschäftigte – wie von der alten Regierung beschlossen – weiterhin nur anteilig (zu 1/4, 1/2 oder 3/4) zählen. Kein Kündigungsschutz also auch in Zukunft etwa in einem Modegeschäft in denen neben dem Inhaber zwei Frauen halbtags und weitere 16 in 620-DM-Jobs angestellt sind. Beibehalten wurde auch die Regelung wonach bei der Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes nur auf die Zahl der „im Betrieb“ Beschäftigten abgestellt wird und nicht auf die Beschäftigtenzahl im Unternehmen bzw. im Konzern. So haben etwa die Außendienst- und Kundendienstbeschäftigen eines unter Umständen mehrere hundert Beschäftigte zählenden Unternehmens keinerlei Kündigungsschutz, wenn sie geschickt zu „Betrieben“ zusammengefaßt werden, die die Kleinbetriebsgrenze nicht übersteigt. Daß eine solche Regelung unterbleiben soll, ist um so weniger verständlich, als sogar das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung erst Anfang des Jahres darauf hingewiesen hat, daß in diesen Fällen der grundrechtlich verbürgte Arbeitnehmerschutz eine Privilegierung solcher in Kleinbetriebe aufgespaltener Unternehmen verbiete.

Nicht viel mehr als Kosmetik sind die Änderungen im Bereich der Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen. Eine der einschneidenden Änderungen des Kündigungsschutzes durch die alte Regierung wurde nämlich unverändert übernommen: Wird ein zu kündiger Arbeitnehmer nämlich in einem Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat in eine Namensliste der zu Kündigenden aufgenommen, hat er praktisch keine Chance, sich gegen eine Kündigung zu wehren: er muß dann nämlich vor Gericht beweisen, daß seine Kündigung nicht gerechtfertigt ist. Diese 1997 in Kraft getretene Neuregelung soll angeblich die Betriebsräte bei den Verhandlungen um Sozialpläne stärken. Tatsächlich spaltet sie die Belegschaften, schürt die Konkurrenz und setzt die Betriebsräte einem enormen Druck aus. Dort wo tatsächlich ein Betriebsrat sich mit einer Namensliste eine Erhöhung des Sozialplanvolumens „erkaufen“ kann (faktisch gelingt dies ohnehin nur „starken“ Betriebsräten, die auf dieses Mittel

noch nie angewiesen waren), führt dies für die Betroffenen zu einer faktischen Abschaffung jedes individuellen (gerichtlichen) Rechtsschutzes – eine äußerst bedenkliche Entwicklung. Vor allem von den Grünen hätte man hier Widerstand erwarten dürfen.

Schon fast wie Hohn klingt die Gesetzesüberschrift von der „Sicherung der Arbeitnehmerrechte“ wenn man andere „standortfeindlichen“ Korrekturen der Kohl-Regierung in diesem Bereich berücksichtigt, die die Koalition Schröder/Fischer unangestastet lassen will: So soll es bei der grenzenlosen Zulässigkeit von befristeten Arbeitsverhältnissen bis zur Dauer von zwei Jahren (ohne jeden Sachgrund für die Befristung und mit der Möglichkeit einer bis zu dreimaligen Verlängerung) nach dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz bleiben. Unverändert übernommen werden auch die Verschärfungen im Arbeitsförderungsrecht (SGB III) wonach ab April 1999 Abfindungen grundsätzlich (bei niedrigen Freibeträgen von im Regelfall 10.000 DM) auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden. Genauso weiter gelten soll die am 1.1.98 in Kraft getretene Zumutbarkeitsregelung (§ 121 SGB III), wonach in den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit eine Einkommensminderung um 20%, danach 30% als „zumutbar“ gilt. Ab dem siebten Monat muß jede (unabhängig von Ausbildung oder bisheriger Tätigkeit) Beschäftigung angenommen werden, mit der gerade noch ein Einkommen in Höhe des Arbeitslosengelds erzielt werden kann, wobei darüberhinaus regelmäßig Pendelzeiten von bis zu drei Stunden täglich als zumutbar gelten.

Ergänzt werden diese beabsichtigten „Unterlassungen“ dringender Korrekturen der von der alten Regierung planmäßig verfolgten Lohnsenkungspolitik durch die dazugehörenden Steuergesetze: die Steuerfreibeträge für Abfindungen bei Kündigung sollen ab 1.4.99 halbiert werden (Grundfreibetrag zukünftig nur noch 12.000 statt 24.000 DM). Die bisherige Privilegierung für die über die Freibeträge hinausgehenden Abfindungen (halber persönlicher Steuersatz) entfällt ganz. Hat also beispielsweise ein älterer Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen bisher aus einer Abfindung von 60.000 DM Steuern in einer Größenordnung von rund 5.000 DM bezahlt, werden ihm in Zukunft rund 13.400 DM abgezogen; ein Unterschied, der immerhin rund zwei Monatsnettoeinkommen ausmacht

Daß ernsthafte Korrekturen des alten

Kurses nicht anstrebt werden, sondern (wie bei den 620-DM-Jobs) höchstens kurzfristige Entlastungseffekte für die Sozialversicherungskassen, belegt auch die geplante Sozialversicherungspflicht für Scheinselbstständige: Der Entwurf definiert vier unterschiedliche Kriterien, die die Vermutung von abhängiger Beschäftigung begründen (1. keine Beschäftigung von versicherungspflichtigen Arbeitnehmern, 2. Tätigkeit nur für einen Auftraggeber, 3. Erbringung von für Beschäftigte typischen Arbeitsleistungen, 3. kein „unternehmerisches“ Auftreten am Markt). Sind zwei dieser Kriterien erfüllt wird eine abhängige Beschäftigung (und damit die Sozialversicherungspflicht) gesetzlich vermutet. Auch wenn der Entwurf bei der Festlegung der Kriterien nicht allzu weit geht, diese Umkehr der Beweislast ist rundum zu begrüßen. Völlig unzureichend ist aber, daß der Entwurf dieses Problem ausdrücklich nur für die Sozialversicherung regelt. Ob ein Scheinselbstständiger auch arbeitsrechtlich als Arbeitnehmer anzusehen ist (also etwa Kündigungsschutz genießt, ob Kündigungsfristen einzuhalten sind, ob er Anspruch auf Tariflohn hat, dem Betriebsverfassungsgesetz und damit der Zuständigkeit des Betriebsrats unterfällt etc.) ist damit noch nicht einmal berührt. Nach der Begründung des Entwurfs soll dieser Teil der Reform die „schnellere und bessere Erfassung“ der Scheinselbstständigkeit durch die Sozialversicherungsträger erleichtern. Der Verzicht auf eine arbeitsrechtliche Regelung der Scheinselbstständigkeit läßt folgende Prognose erwarten: soweit die Sozialversicherungsträger zukünftig auf Grund dieses Gesetzes den einen oder anderen Arbeitgeber zur Kasse bitten werden, dem mangels ausreichend geschickter Rechtsabteilung der Gegenbeweis „echter“ Selbstständigkeit – sagen wir eines Kurierfahrers – nicht gelingt, wird sich der ertappte Arbeitgeber dieses (sozialversicherungsrechtlich betrachtet) abhängig Beschäftigten mit einer schnellen Kündigung entledigen. Im Kündigungsschutzprozeß (wenn er denn überhaupt stattfindet) muß der Fahrer dann aber – wie bisher – beweisen, daß er doch kein Selbstständiger ist! Gelingt ihm dieser Beweis (gegen den Wortlaut seines schriftlichen „Frachtführer-“, „Franchise-“ oder „Kommisionär-“Vertrags) nicht, hat die Sozialversicherung die Beiträge und der (selbständige) Fahrer keine Arbeit mehr.

„Feigheit vor dem Feind“ wäre das Mindeste, was dieser Koalition bei ihren ersten Vorhaben im Bereich arbeitsrechtlicher Neuregelungen vorzuwerfen wäre. Wahrscheinlich ist aber alles noch viel schlimmer. Für die PDS-Fraktion im Bundestags steht einige Arbeit an. Man könnte mit echten Alternativentwürfen dagegenhalten, wie sie manche von der neuen Koalition erwartet hatten. Es presst aber: letzte Lesung im Bundesrat soll schon am 18.12. sein. (kh)



Kurdische Geschichte:

Das Vermächtnis von Lausanne – ein Resümee

Von Norman Paech

Wer seine Geschichte nicht kennt, hat keine Zukunft. Dies gilt nicht so sehr für die Geschichte der Siege und Erfolge, deren man allzu gerne gedenkt. Dies gilt vor allem für die Niederlagen, die Fehler und Brüche in der eigenen Vergangenheit. Wer sie nicht kennt, wer sie nicht anerkennt und zu ihnen steht, der verzichtet wahrscheinlich auf die Chance, aus der Geschichte zu lernen.

(Bild: Der Autor auf der Konferenz in Lausanne, 24./25. Juli 1998)

Die Konferenz von Lausanne im Jahre 1923 spielt eine solche Rolle in der Geschichte des kurdischen Volkes, obwohl es in dem Vertrag, der am 24. Juli vor nunmehr 75 Jahren geschlossen wurde, nicht einmal erwähnt wird. Aus dieser Tatfrage den Schluß zu ziehen, daß mit diesem Vertrag die Unterdrückung und das Elend des kurdischen Volkes begann, ist allerdings historisch zweifellos nicht richtig. Die undefinierte Situation der Kurden im Osmanischen Reich, ihre oft mißbrauchte Staatenlosigkeit zwischen den Großmächten im Nahen Osten und ihre inneren Rivalitäten waren viel früher und viel eher die Gründe für das traurige Schicksal der Kurden im 20. Jahrhundert, welches sich nicht auf den türkischen Teil Kurdistans beschränkt.

Dabei hatte gerade die Zeit nach dem 1. Weltkrieg die Möglichkeiten eröffnet, auch für die Kurden eine konstruktive und dauerhafte territoriale Lösung zu finden. US-Präsident Wilson hatte in seinen berühmten 14 Punkten die Sicherung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker und den besonderen Schutz nationaler Minderheiten mit einem ausdrücklichen Hinweis auf die Türkei hervorgehoben. In seiner Rede vor dem Kongreß am 8.1.1918 über „Kriegsziele und Friedensbedingungen“ hatte er im Punkt 12 festgestellt, daß den Nationalitäten, die jetzt

unter türkischer Herrschaft stehen, die unanzweifelbare Sicherheit des Lebens und eine absolut unbehelligte Möglichkeit einer autonomen Entwicklung zugesichert werden sollte.

Zwei Jahre später fanden diese Anregungen ihren Niederschlag in dem Vertrag von Sevres, der den Kurden die Option einräumte, innerhalb eines Jahres ihren Anspruch auf Unabhängigkeit zu artikulieren. Allerdings eröffnete die verklausulierte Formulierung des Artikels 62 realistischerweise den Kurden kaum die Aussicht auf einen eigenständigen Staat. Das lag zum einen daran, daß die alliierten Mächte die Kurden damals für politisch unfähig hielten, sich politisch selbst zu verwalten, aber auch daran, daß das im Vertrag vorgesehene autonome Kurdistan von zwei Dritteln seines Territoriums abgeschnitten worden wäre. Denn Wilson hatte dem armenischen Staat, der unter amerikanisches Mandat gestellt werden sollte, Gebiete mit kurdischer Mehrheit zugeschlagen, so die Städte Van, Bitlis und Mus. Das westliche Kurdistan sollte bei Frankreich bleiben. Ein Vertrag also, in dem die Interessen der Kolonialmächte unbedingten Vorrang vor den von ihnen selbst propagierten Prinzipien erhielten. Die Erdölfelder von Mossul waren bereits damals wichtiger als das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Drei Jahre später dann in Lausanne fand diese imperialistische Logik ihre konsequente Fortführung in der Streichung der kurdischen Frage aus dem Vertrag selbst. Dennoch kann nicht ganz zu Recht in diesem Vertrag die Ermächtigung der türkischen Regierung gesehen werden, die Existenz des kurdischen Volkes zu leugnen und es mit seiner barbarischen Assimilierungspolitik zu überziehen. Der Hauptteil des kurdischen Gebietes kam mit diesem Vertrag unter die Herrschaft der Türkei. Er verschaffte dem türkischen Staat die völkerrechtli-

che Anerkennung und teilte gleichzeitig die kurdischen Siedlungsgebiete unter vier Staaten auf. Kurdistan hatte nunmehr, anders als im Osmanischen Reich, keinen offiziellen Status mehr. Es wurde nicht einmal eine Kolonie – es wurde viel weniger. Kurdistan wurde seiner historischen und politischen Identität beraubt, seine Zerstückelung und Aufteilung wurde völkerrechtlich durch diesen Vertrag abgesichert.

Daran zu erinnern und diesen Akt imperialistischer Herrschaftsaufteilung genau zu analysieren, das war das eine Ziel der „Lausanner Konferenz von 1998“. Das andere Ziel war, die Lehren für eine zukünftige Lösung des immer schärfer und brutaler sich entwickelnden Konfliktes zu ziehen. Was auch immer man von der völkerrechtlichen Qualität dieses Vertrages hält – ob man ihn als gültig oder ungültig bezeichnet – er ist nicht einmal von den türkischen Regierungen, die ihn immer wieder als ihren Erfolg verbucht haben, eingehalten worden. Die Artikel 37 bis 40 des dritten Abschnitts enthalten detaillierte Vorschriften zum Schutz der Minderheiten, ihrer Religion, ihrer Sprache und ihrer politischen Rechte, die von allen folgenden Regierungen systematisch verletzt worden sind. Und keine der ehemaligen Vertragspartner der Türkei haben sich jemals um diese Verstöße gekümmert und die Türkei zur Einhaltung des Vertrages gezwungen.

So hat denn dieser in vielfacher Hinsicht so problematische Vertrag ein Vermächtnis hinterlassen. Nicht nur an die damaligen Vertragspartner, sondern an die internationale Gemeinschaft der Staaten. Wenn auch die willkürlichen Grenzziehungen kaum mehr revidiert werden können, so ist die Garantie und Durchsetzung des Rechts auf Selbstbestimmung für die Völker dieser Region das oberste Gebot dieses Vermächtnisses. Nicht in der Einräumung dieses Rechts liegen die Kriege begründet, sondern in seiner Vorenthalaltung, hatte Wilson seinerzeit gesagt. Die Beendigung des Krieges in Kurdistan und die volle Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes in allen Staaten ihres Siedlungsgebietes sind der Schlüssel zu einer politischen Lösung. Da in der Türkei derzeit offensichtlich keine politische Kraft besteht, die zu derartigen Schritten in der Lage wäre, muß die internationale Staatengemeinschaft diesen Prozeß in die Hand nehmen. Eine zweite „Konferenz von Lausanne“ ist notwendig, in der der Dialog zwischen Türken und Kurden eröffnet werden muß. Hatten in der Konferenz von 1923 noch die ökonomischen Interessen der Kolonialmächte über die politischen Rechte der Völker gesiegt, so muß dieses Verhältnis in einer neuen internationalen Konferenz umgekehrt werden. Das ist das einfache Vermächtnis der Konferenz von Lausanne.

(aus: *Kurdistan Report*
Nr. 92, 9/10 1998, S. 27f.)

Verband der Juristen aus Kurdistan – Internationale Konferenz in Lausanne

Die Resolution zum 75. Jahrestag des Lausanner Abkommens

24.-25. Juli 1998 in Lausanne

Schlußresolution

Die 2-tägige Lausanner Konferenz wurde unter zahlreicher und effektiver Beteiligung am 24. Juli 1998 eröffnet, um die soziologischen, historischen, juristischen und politischen Ergebnisse des Lausanner Abkommens zu bewerten. Das Abkommen von Lausanne führte zur Aufteilung des Nahen Ostens und zur Zersplitterung Kurdistans, das somit den Status einer internationalen Kolonie erhielt. Diese Tatsache wiederum ist der Hauptgrund für die Ungleichheit und Ungerechtigkeit zwischen den dort lebenden Völkern.

Die freie Selbstbestimmung einer Nation über ihr eigenes Schicksal bewerten wir als einen Teil des universellen Rechtes, das bedingungslos – wie den anderen Nationen – auch der kurdischen Nation zugestanden werden muß.

Der Beschuß des Lausanner Abkommens zur Zersplitterung und Teilung Kurdistans soll aufgehoben werden; die Verleugnung der Existenz der kurdischen Nation und deren gesamter Werte sowie ihrer Beschlagnahme, die Unterdrückung und Gewaltanwendungen gegen sie sollen sofort beendet werden.

Das Abkommen von Lausanne bedeutet eine Mißachtung des freien politischen Willens der Völker.

Es ist ein historisches Unrecht, das an dem kurdischen Volk und in gleichem Maße auch an den in diesem Gebiet lebenden Assyrern (Altsyern, Chaldäern), Armeniern, Altgriechen und ihrer religiösen Vielfalt begangen wurde.

Unsere Konferenz verurteilt das Abkommen von Lausanne. Dieses sollte deshalb von der internationalen Volksgemeinschaft, insbesondere den Unterzeichnerländern dieses Abkommens, nicht mehr anerkannt werden.

Nach dem Lausanner Abkommen kam es in Kurdistan und in der Türkei zu Repressionen und Assimilierungszwängen vor allem gegenüber den Kurden, aber auch den Assyrern, den Armeniern, den Altgriechen und anderen religiösen Gruppen.

Diese Politik des türkischen Staates, die dieser gemeinsam mit seinen regionalen Verbündeten weiterentwickelt hat, zwang die bereits erwähnten Völker zum Verlassen ihrer Heimat.

Dieses verurteilen wir auf das Schärfste und fordern, unverzüglich mit den Vorbereitungen für eine „Internationale Kriegsrechtskonferenz“ zu beginnen, die zum Ziel haben soll, gegen den türkischen Staat und seine regionalen Ver-

bündeten wegen des verübten Genozids ein internationales Strafverfahren einzuleiten.

Wir rufen daher alle Interessierten und sich verantwortlich Fühlenden zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf. Außerdem verlangen wir die sofortige Beendigung der Besetzung Zyperns durch die Türkei.

Wir verurteilen jegliche Form der Verletzung der Rechte in Kurdistan, sowie das Eingreifen und die Besetzung in Südkurdistan durch den türkischen Staat. Aus diesem Grund fordern wir alle in internationalen Verbänden vertretenen Staaten auf, die zu diesem Thema eine Position haben, ihre Verantwortung wahrzunehmen und wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen.

Wir fordern die westlichen Mächte auf, dem türkischen Staat und somit auch dessen in Kurdistan durchgeführten Maßnahmen, die das Niveau eines Völkermordes erreicht haben, sowie den in diesem Gebiet zunehmenden türkischen Aktivitäten die Unterstützung zu entziehen. In diesem Zusammenhang auch die versteckten/offenen, indirekten/direkten wirtschaftlichen, militärischen, politischen Hilfen zu beenden und somit diese Art von Beziehungen zur Türkei nicht mehr zu unterhalten. Die Lösung der Kurdenfrage sowie anderer Probleme dieser Region sind nur durch eigene Anstrengungen der dort lebenden Völker zu gewährleisten. Deshalb ist der einzige richtige und dauerhafte Weg zur Lösung die Beendigung des Krieges in Kurdistan und das friedliche Zusammenleben der Völker, Religionen und Ethnien. Wir sehen es daher als notwendig an, daß ein Prozeß des Dialoges zwischen den jeweiligen Seiten begonnen wird.

Die Teilnehmer der Konferenz haben mit Stimmenmehrheit die Einrichtung eines „Ständigen Internationalen Komitees“ beschlossen, um die Umsetzung der Ergebnisse unserer Konferenz zu gewährleisten. Hierzu gehört auch, den Unterzeichnerstaaten des Lausanner Abkommens, vor allem den Vereinten Nationen und den entsprechenden internationalen Institutionen, die Beschlüsse der Konferenz zu präsentieren, den Status der Kurdistan- und Kurdenfrage im internationalen Recht zu verankern und damit verbunden einen Prozeß für ein alternatives Abkommen von Lausanne in Gang zu bringen.



Heidi Schulz Haft unterbrochen

Am 12.10.1998 konnte Heidi Schulz den Knast in Köln-Ossendorf nach fast 16 Jahren Haft verlassen. Es war ein Hafturlaub für eine Woche beantragt und genehmigt worden. Am 13.10.1998 stellte sie sich in einer Fachklinik vor; die nach einer ersten Untersuchung und Kenntnis der bisher erstellten Gutachten eine sofortige stationäre Aufnahme empfahl. Am 14.10.1998 gab die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe einem im Juni 1998 gestellten Antrag auf Haftunterbrechung statt. Seit dem 19.10.1998 befindet sich Heidi in stationärer Krankenhausbehandlung.

Heidi selbst, ihre im Knast behandelnden Vertrauensärztinnen und -ärzte, wir Angehörigen, Freundinnen und Freunde forderten seit langem ihre Freilassung. Seit Jahren war klar, daß auch ärztliche Behandlung im Knast den Prozeß der Zerstörung der Gesundheit und körperlichen Integrität nicht mehr wird aufzuhalten oder gar umkehren können. Über Jahre hat die Justiz jede adäquate medizinische Behandlung offensiv abgelehnt bzw. nur einzelne oder minimalste Untersuchungen zugelassen und diese unter z.T. unmenschlichen Bedingungen durchgeführt. Unsere Sorgen und Ängste um Heidis Gesundheit werden noch Jahre anhalten, ebenso aber unsere Entschlossenheit, dafür zu kämpfen, daß sie nicht wieder zurück in den Knast geht, daß sie freigelassen wird! Nicht weniger geht es darum, entschieden die Kräfte zu sammeln, um die Freiheit für alle acht Gefangenen aus der RAF zu erreichen!

Freiheit für alle politischen Gefangenen !

Angehörige der politischen Gefangenen,
26.Oktober 1998
Postfach 1205, 55002 Mainz,
Fax: (0 6131) 60 42 32

Rote Hilfe fordert Freilassung der Gefangenen aus der RAF

„Die neue Bundesregierung muß eine Lösung für die politischen Gefangenen herbeiführen!“

„Die letzten neun Gefangenen aus der RAF müssen eine realistische Perspektive für ihre Freilassung bekommen“, fordert der Sprecher des Bundesvorstands der Roten Hilfe, Roger Hasenbein, am 15.10.98 in Hamburg anlässlich eines Gesprächs mit Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD. „Wir erwarten von ‚Rot-Grün‘ Bewegung in der Frage der baldigen Freilassung derjenigen Menschen, die nach 129a StGB wegen ihres Kampfs in der RAF verurteilt wurden.“

Er erinnerte daran, daß „fast alle diese Frauen und Männer seit 10, 15 oder 20 Jahren einsitzen (Stefan Wisnewski seit 1978, Rolf Heißler seit 1979, Rolf Clemens Wagner seit 1979, Sieglinde Hofmann seit 1980, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und Heidi Schulz seit 1982, Eva Haule seit 1986 und Birgit Hogefeld seit 1993)“.

Sie wurden aufgrund von Sondergesetzen („Lex RAF“, Einschränkung von Verteidigungsrechten, (Kronzeugenregelung), von Sondergerichten in z.T. eigens für diese Prozesse errichteten Prozeßbunkern verurteilt. So reichte bei den meisten die bloße Zuordnung zur Gruppe zur Verurteilung für sämtliche angenommenen Taten der Gruppe. Menschen, denen keine einzige Tat konkret nachgewiesen werden konnte, wurden als mehrfache Mörder zu bis zu sechsmal! lebenslänglich verurteilt. Ein Vorgang, den es nur im politischen Strafrecht gibt. Diese Menschen 20 oder mehr Jahre unter Sonderhaftbedingungen – wie Isolationshaft, die international als „weiße“ Folter geächtet ist – festzuhalten, ist menschenverachtend. Politisch ist dies eine Verlängerung des Unrechts der „Terroristenhysterie“ vergangener Jahrzehnten bis ins 21. Jahrhundert hinein. Viele Gefangene sind auch aufgrund der Haftbedingungen schwerkrank. In der Vergangenheit mußten bereits einige wegen ihrer erwiesenen Haftunfähigkeit nach langem Kampf freigelassen werden. Bei einigen besteht schon heute die Gefahr, daß sie weitere Jahre Haft nicht überleben werden.

zusammen die bedingungslose aller Gefangenen jetzt erkämpfen! *Freiheit aus der RAF sofort*

den; bei beinahe allen wurden irreversibl e Gesundheitsschäden festgestellt.

In vielen europäischen Ländern ist es üblich, bei einem Regierungswechsel ein Zeichen zu setzen, gerade auch im Umgang mit den politischen Gefangenen. Für die SPD besteht die einmalige Chance, ihre Politik der 70er Jahre gegen die politischen Gefangenen zu revidieren. Auch die Grünen seien daran erinnert, daß sie in vergangenen Jahren immer wieder das Ende der Verfolgungspolitik der 70er Jahre gefordert haben. Neben der überfälligen Abschaffung der Sondergesetze kann dies nur die Freilassung der Gefangenen aus der RAF bedeuten. Beispielsweise durch die Mehrfachanrechnung der Isolationshaft, wie dies in anderen Ländern praktiziert wurde.

21 Jahre nach dem Tod der Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe im Stammheimer Hochsicherheitstrakt am 18.10.1977 fordert die Rote Hilfe ein Ende des Rachefeldzuges und des fortgesetzten Geiselstatus, den vergangene Regierungen gegen die Gefangenen aufrecht erhalten haben. Der Verfolgungswille der Bundesanwaltschaft ist so wenig gebremst wie die Bereitschaft der Richter in den Staatsschutzenaten der Oberlandesgerichte, auch gegen berechtigte Zweifel, zu hohen, möglichst lebenslangen Strafen zu kommen. Aktuell zu beobachten im Prozeß gegen Monika Haas vor dem OLG Frankfurt.

Für die meisten Gefangenen ist Isolation von den anderen, sind Briefzensur Besuch hinter Trennscheibe und/oder mit LKA-Überwachung, Besuchsverbote, Einzelhofgang, schlechte oder zu späte medizinische Behandlung und andere Schikanen noch heute Realität.

Die Rote Hilfe fordert eine menschenwürdige Behandlung der Gefangenen. Dies kann heute nur die Freilassung bedeuten. Eine Freilassung, die bei Weglassung der strafverschärfenden Sondergesetze von Rechts wegen ohnehin längst geboten wäre.

**Rote Hilfe e.V.,
Bundesvorstand,
Roger Hasenbein,
Hamburg, 15.10.1998**

Die Rote Hilfe ist eine bundesweit tätige Organisation mit z.Zt. ca. 3.000 Mitgliedern in ca. 30 Ortsgruppen, die zum Ziel hat, Menschen zu unterstützen, die in der BRD aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Elfriede Brüning

Damit Du
weiterlebst

Roman



Widerstand im Dritten Reich

Elfriede Brünings authentischer Roman über die Rote Kapelle

Der Kieler agimos verlag setzt mit einer Neuauflage von Elfriede Brünings Roman „Damit du weiterlebst“ ein Zeichen gegen das aktuelle Erstarken faschistischer Strömungen. In ihrem Roman erinnert die beliebte Autorin, deren Bücher zu den meistgelesenen der DDR gehörten, an die vorbildliche Haltung der Mitglieder der Schulze-Harnack-Boysen-Gruppe (im Nazijargon „Rote Kapelle“ genannt), die im Kampf gegen Hitlers Terrorregime ihr Leben verloren.

Um Harro Schulze-Boysen, Offizier im Luftfahrtministerium, bildete sich eine der bedeutendsten Widerstandsguppen im Dritten Reich. Die „Rote Kapelle“ leistete lange erfolgreiche Spionagedienste für die Sowjetunion. Mittels eines Geheimsenders lieferte die Gruppe verschlüsselte Informationen über den Stand der deutschen Rüstungsproduktion, um ein schnelleres Ende des Krieges und der NS-Diktatur herbeizuführen. 1942 fiel der Code zur Entschlüsselung dieser Nachrichten zufällig in die Hände der Gestapo. Unaufhaltsam setzte der Sog aus Verfolgung, Verhaftung, Folter und Hinrichtung ein.

Elfriede Brünings Roman ist ein eindrucksvolles Dokument über die Organisation des antifaschistischen Widerstandes und das Schicksal der Widerstandskämpfer, als die Gruppe zerschlagen wurde. Die Autorin berichtet von den grausamen Verfolgungs- und Mißhandlungsmethoden der Gestapo und demonstriert die aufrechte Haltung der Widerstandskämpfer, die selbst durch die erlittenen seelischen und körperlichen Qualen nicht zu beugen waren.

Im Zentrum des Romans stehen zwei

Frauengestalten: Hilde Coppi, die im Gefängnis ihren Sohn zur Welt bringt und von der Gestapo nur so lange „zum Leben begnadigt“ wird, wie sie ihr Kind nähren kann – und die illegal lebende Jüdin Lotte Burckhardt, die von Ferne mit ansehen muß, wie ihre kleine Tochter Eva in Verzweiflung und Einsamkeit lebt und an der Lieblosigkeit ihrer Umwelt fast zerbricht. In „Damit du weiterlebst“ wird der Widerstand gegen ein verbrecherisches und menschenverachtendes Regime beeindruckend vorgelegt. Vor allem aus dem authentischen Briefwechsel zwischen Hilde Coppi und ihrem Mann Hans, der in der Erwartung ihrer Hinrichtung entstand, spricht ihre Würde und innere Kraft, die sie aus ihrer Liebe und ihrem Zusammenhalt im überzeugten Kampf für eine menschlichere Zukunft schöpften.

Elfriede Brünings Roman ist ein Dokument der Humanität aus inhumane Zeit, der unter die Haut geht. Der Eindruck dieses Buches wird dem Leser nachhaltig in Erinnerung bleiben.

Entnommen aus: Antifa Nachrichten Thüringen, Frühjahr 1998, c/o Infoladen, Postfach 860, 99084 Erfurt.

Elfriede Brüning, Damit du weiterlebst, agimos verlag Kiel 1996, 200 Seiten, 19,90 DM, ISBN 3-931903-05-2

AUS DEM EPILOG DER AUTORIN: „... Das Buch ... ist kein Dokumentarbericht ... (aber) alle Gestalten, die in dem Buch vorkommen, haben wirklich gelebt. Nicht nur Hans und Hilde und die energische Friede Coppi sind dem Leben entnommen, sondern auch die Figur der Lotte Burckhardt mit ihrer Tochter Eva. Lotte, die der jüdischen Widerstandsgruppe Herbert Baum angehörte, wurde durch einen Luftangriff aus der Todeszelle errettet. Sie hat mir später ihr Leben und die abenteuerliche Geschichte ihrer Flucht erzählt: Auch in ihrem Fall war es der verzweifelte Kampf, den eine Mutter um ihr Kind führte, der mich am tiefsten bewegte. In meinen Buch habe ich die beiden Widerstandsgruppen – die von Herbert Baum und die Schule-Boysen-Harnack-Organisation – handlungsmäßig, wie es die Romankonzeption erheischt, miteinander verknüpft. In der Realität konnten die Verbindungen zwischen den beiden Gruppen unter den verschärften Bedingungen der Illegalität und der doppelten Verfolgungen, denen die jüdischen Widerstandskämpfer ausgesetzt waren, natürlich nur locker sein. Eins aber hatten die beiden Gruppen gemeinsam: Sie vereinigten in ihren Reihen begeisterungsfähige Patrioten, die ihren Kampf gegen den Hitlerfaschismus mit dem Tode bezahlten ...“

In der DDR hat das vorliegende Buch 16 Nachauflagen erlebt, weil wir der Meinung waren, daß alle die neu heranwachsenden Jungen Leute erfahren sollten, daß es auch im Faschismus Menschen gab, die mutigen Widerstand leisteten, den sie mit ihrem Leben bezahlten. In den alten Bundesländern wußte man bisher wenig über die Mitglieder der Roten Kapelle. Um so mehr freue ich mich über die neuerliche Auflage meines Buches, das nun hoffentlich in ganz Deutschland seine Leser findet.“

Hunno Hochberger, Emil Hruška:

Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa

Thesen zur Entwicklung der (sudeten-)deutsch-tschechischen Beziehungen. Ein historisches Lesebuch.

Bezug über: GNN Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz,
Telefon: 03204/65711, Fax: 03204/65893
oder über jede Buchhandlung:
ISBN-Nr. 3-9805441-2-5
256 Seiten, Format 16x23,5 cm, 28 DM

Aus dem Geleitwort von Eva Bulling-Schröter (MdB, PDS): Die genaue Kenntnis der politischen und rechtlichen Traditionen des Staates ist Herrschaftswissen. Besonders in Fragen des Völkerrechts reicht das Gefühl für Recht und Unrecht, wie es aus der persönlichen Lebenserfahrung entsteht, zur Beurteilung der Sache oft nicht aus. Der Verlockung des Hitlerfaschismus widerstanden unter den Sudetendeutschen nur wenige, politisch gebildete, in der Kritik von Herrschaftswissen erfahrene Menschen, die wußten, was die Nazis beabsichtigten und die Folgen ahnten. Die überwältigend große Masse täuschte sich über das Verbrechen, in das sie hineingerissen wurde und zeigte sich – oft bis zum heutigen Tag – wegen der Folgen überrascht. Das vorgelegte Buch holt Herrschaftswissen aus den Archiven heraus und stellt politische Zusammenhänge dar, die in den heutigen deutsch-tschechischen Beziehungen belastend wirken. Ziel ist, in der öffentlichen Meinung die Kritik an großdeutschen und völkischen Traditionen zu fördern und die Dringlichkeit politischer Schritte zur Auflösung dieser Traditionen klarer zu machen.



Alle zwei Wochen NACHRICHTEN

- Berichte über antifaschistische Aktionen
- Meldungen und Hintergrund-informationen über faschistische Organisationen
- regelmäßige Beobachtung der faschistischen Presse
- Informationen zur Asyl- und Ausländer-politik, zu Revanchismus und Militarismus

Halbjahres-Abo 42,90 DM
Jahres-Abo 85,80 DM
Schülerabo 54,- DM

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln
Tel.: (0221) 211658,
Fax: (0221) 215373
e-mail: GNN-KOELN@ Link-S.cl.sub.de,
Internet: <http://www.infolinks.de/an>

Zum Vormerken: Winterschule, ARGE-Treffen:
Sonntag, 3. Januar 1999, 14 Uhr bis Dienstag, 5. Januar 1999,
Abreise am 6. Januar.

Ort: Jugendherberge „R. Breitscheid“
in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25

Themen in der nächsten Ausgaben
der Politischen Berichte

27.-29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden

5./6. Dezember 98: 4. Kasseler Friedensforum. Bundesweiter Ratschlag der Friedensbewegung

8. Dezember: SPD-Bundesdelegiertenkonferenz (Aufstellung Liste Europawahl) in Saarbrücken

11./12. Dezember: EU-Gipfel in Wien – Europaweite Euromarsch-Aktivitäten dagegen

16./17. Januar 1999: 6. Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

16. Januar 1999: 63. Parteitag der CSU in München

23. Januar 1999: F.D.P.-Europatag zur Aufstellung der Bundesliste für die Europawahl, Kongreßzentrum in Frankfurt/M.

23./24. Januar 1999: Europäische Konferenz der Euromarschinitiativen gegen Erwerbslosigkeit in Köln

7. Februar 1999: Landtagswahl Hessen

9. Februar 1999: 100 Tage Prüf-Plakette bündesweite Aktionen der Arbeitslosengruppen zur Bewertung der Taten der Bundesregierung

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz

des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

28. Mai 1999: 50. Bundesparteitag der FDP in Bremen

4./5. Juni 1999: EU-Rat in Köln. Die Bundesregierung führt dort den Vorsitz. Aktionen der Euromarschbewegung.

6.. Juni 1999 Bürgerschaftswahl in Bremen

13. Juni 1999 Europawahlen, Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

18./20. Juni 1999: Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis bereitet Protestaktionen vor.

13. Juni 1999: Europawahlen

Juli 1999: Landtagswahl in Brandenburg

12. September: Kommunalwahlen in NRW

19. September: Landtagswahl in Sachsen

September 1999: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVVen in Berlin

24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Herbst: Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen



NIE WIEDER KRIEG!
NIE WIEDER FASCHISMUS!



ADRESSEAUFLÄBER

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart